

# **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Hauptausschusses

ZU:

**Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg - Drucksache 7/2981 vom 11.02.2021**

**Berichtersteller:**

Abgeordneter Erik Stohn (SPD)

**Beschlussempfehlung:**

Der Landtag möge den oben genannten Gesetzentwurf in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung (Anlage 1) annehmen.

**Bericht:****A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den oben genannten Gesetzentwurf in seiner 36. Sitzung am 24. Februar 2021 an den Hauptausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Kommunales, den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport sowie den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz.

Mit dem Gesetzentwurf wird ein neues Brandenburgisches Glücksspielausführungsgesetz, ein neues Brandenburgisches Spielhallengesetz sowie Änderungen beim Spielbankgesetz geschaffen. Das neue Glücksspielausführungsgesetz regelt die Ausführung des Staatsvertrages 2021 für öffentliche Lotterien, Ausspielungen und Wettvermittlungsstellen für Sportwetten. Das neue Brandenburgische Spielhallengesetz regelt die Vorgaben an die Zulassung und den Betrieb von Spielhallen neu. Das Spielbankgesetz wird an die veränderten Rahmenbedingungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021 angepasst.

**B. Beratung**

Der Hauptausschuss befasste sich mit dem Gesetzentwurf in seiner 20. Sitzung am 17. März 2021, der 21. Sitzung am 21. April 2021, einer öffentlichen Anhörung, und abschließend in seiner 24. Sitzung am 9. Juni 2021.

Der Einladung zu der Anhörung in der 21. Sitzung des Hauptausschusses am 21. April 2021 folgten der Städte- und Gemeindebund Brandenburg, die Landesstelle für Suchtfragen e. V., Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg e. V. (AKJS), Die Deutsche Automatenwirtschaft e. V. sowie der Verband der Ostdeutschen Automatenkaufleute e. V. Hinsichtlich des Ergebnisses wird auf das in der Parlamentsdokumentation einsehbare Anhörungsprotokoll verwiesen (P-HA 7/21).

Zu der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes in der 24. Sitzung des Hauptausschusses am 9. Juni 2021 lagen den Mitgliedern des Hauptausschusses ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 2), ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Anlage 3) sowie rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung (Anlage 4) vor. Zudem waren die Stellungnahmen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (Anlage 5), des Ausschusses für Inneres und Kommunales (Anlage 6) und des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (Anlage 7) eingegangen.

Die Fraktion DIE LINKE beantragte in dieser Sitzung bezüglich des Änderungsantrages der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 2) eine Teilung des Abstimmungsgegenstandes nach § 64 Absatz 2 Satz 1 GOLT in Bezug auf dessen Nummer I. 2 (Artikel 1 – Brandenburgisches Glücksspielausführungsgesetz, Änderung des § 6).

Insofern beschloss der Hauptausschuss ohne weitere Debatte mehrheitlich bei drei Enthaltungen (6 : 2 : 3) die Annahme der Nummer I. 2 (Artikel 1 – Brandenburgisches Glücksspiel-ausführungsgesetz, Änderung des § 6) des Änderungsantrages der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die übrigen Nummern des Änderungsantrages der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden einstimmig bei vier Enthaltungen (7 : 0 : 4) angenommen.

Den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Anlage 3) lehnten die Ausschussmitglieder sodann mehrheitlich bei drei Enthaltungen (2 : 6 : 3) ab.

Einstimmig bei drei Enthaltungen (8 : 0 : 3) nahm der Hauptausschuss die rechtsförmlichen Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung (Anlage 4) an.

Der Hauptausschuss beschloss letztlich einstimmig bei fünf Enthaltungen (6 : 0 : 5), dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurf der Landesregierung, Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg, Drucksache 7/2981, in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung zu empfehlen.

### **Anlagen**

- Anlage 1: Synopse
- Anlage 2: Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 8. Juni 2021
- Anlage 3: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 9. Juni 2021
- Anlage 4: Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung
- Anlage 5: Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz
- Anlage 6: Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales
- Anlage 7: Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

## **Entwurf**

**Gesetzentwurf für ein**

**Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg<sup>1)</sup>**

**Vom ...**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### **Artikel 1**

**Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland im Land Brandenburg**

**(Brandenburgisches Glücksspielausführungsgesetz – BbgGlüAG)**

### **Abschnitt 1**

#### **Allgemeine Vorschriften**

#### **§ 1**

#### **Anwendungsbereich**

Dieses Gesetz regelt die Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland im Land Brandenburg für öffentliche Lotterien, Ausspielungen und Wettvermittlungsstellen für Sportwetten.

## **Beschlüsse des Hauptausschusses**

**Gesetzentwurf für ein**

**Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg<sup>1)</sup>**

**Vom ...**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### **Artikel 1**

**Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland im Land Brandenburg**

**(Brandenburgisches Glücksspielausführungsgesetz – BbgGlüAG)**

### **Abschnitt 1**

#### **Allgemeine Vorschriften**

#### **§ 1**

#### **Anwendungsbereich**

Dieses Gesetz regelt die Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland vom 29. Oktober 2020 (GVBl. I Nr. 6) im Land Brandenburg für öffentliche Lotterien, Ausspielungen und Wettvermittlungsstellen für Sportwetten.

---

<sup>1)</sup> Notifiziert gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses****§ 2****Organisationen und Umfang des staatlichen Glücksspielangebotes**

(1) Das Land Brandenburg ist zur Erfüllung der ordnungsrechtlichen Aufgabe gemäß § 10 Absatz 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen, unbeschadet der Regelungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und des Abschnitts 4 dieses Gesetzes allein befugt, innerhalb seines Gebietes Glücksspiele zu veranstalten.

(2) Das Land kann die ordnungsrechtliche Aufgabe, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen, durch die Veranstaltung von Lotterien und Auspielungen erfüllen. Das Land kann spielbanktypische Glücksspielangebote nach Maßgabe der Regelungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und des Spielbankgesetzes veranstalten.

(3) Das Land kann die ordnungsrechtliche Aufgabe, Glücksspiele zu veranstalten, selbst, durch eine von allen Vertragsländern des Glücksspielstaatsvertrages 2021 gemeinsam geführte öffentliche Anstalt oder durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder privatrechtliche Gesellschaften, an denen das Land Brandenburg allein oder gemeinschaftlich mit den anderen Ländern beteiligt ist, erfüllen. Im Bereich der Klassenlotterien gilt § 10 Absatz 3 des Glücksspielstaatsvertrages 2021.

**§ 2****u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses****§ 3****Erlaubnis**

(1) Veranstalterinnen und Veranstalter von Glücksspielen, Annahmestellen, Wettvermittlungsstellen, Lotterieeeinnehmerinnen und Lotterieeeinnehmer und gewerbliche Spielvermittlerinnen und Spielvermittler bedürfen für die Veranstaltung und die Vermittlung von Glücksspielen der Erlaubnis. Die Erlaubnis zum Veranstellen und Vermitteln von Glücksspielen im Sinne des § 4 Absatz 1 Satz 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 darf nur erteilt werden, wenn

1. die Ziele des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 nicht entgegenstehen,
2. die Einhaltung der Regelungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021 sichergestellt ist,
3. die Veranstalterin, der Veranstalter, die Vermittlerin oder der Vermittler zuverlässig ist, insbesondere die Gewähr dafür bietet, dass die Veranstaltung und die Vermittlung ordnungsgemäß und für die Spielteilnehmerinnen und die Spielteilnehmer nachvollziehbar durchgeführt werden,
4. bei der Einführung neuer Glücksspielangebote und bei der Einführung neuer oder der erheblichen Erweiterung bestehender Vertriebswege den Anforderungen des § 9 Absatz 5 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 genügt ist.

**§ 3****Erlaubnis**

(1) **u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(2) Die Erlaubnis für das Vermitteln öffentlicher Glücksspiele setzt eine Erlaubnis für die Veranstaltung dieser Glücksspiele durch die zuständigen Behörden des Landes Brandenburg oder durch die nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 zuständige Behörde voraus.

(2) **u n v e r ä n d e r t**

(3) In der Erlaubnis sind neben den Regelungen nach § 9 Absatz 4 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 festzulegen:

(3) **u n v e r ä n d e r t**

1. die Veranstalterin, der Veranstalter, die Vermittlerin oder der Vermittler einschließlich eingeschalteter dritter Personen,
2. das veranstaltete oder vermittelte Glücksspiel,
3. die Form des Vertriebs,
4. Art, Ort oder Gebiet sowie Beginn und Dauer der Veranstaltung oder Vermittlung,
5. bei Lotterieveranstaltungen der Spielplan,
6. bei Vermittlungen die Veranstalterin oder der Veranstalter, an den zu vermitteln ist.

(4) Der Erlaubnis bedürfen auch die Teilnahmebedingungen. In den Teilnahmebedingungen sind insbesondere Bestimmungen zu treffen über die

(4) **u n v e r ä n d e r t**

1. Voraussetzungen, unter denen ein Spiel- oder Wettvertrag zustande kommt,
2. Gewinnpläne und Ausschüttungsquoten,
3. Kosten für die Teilnahme an einem Glücksspiel,

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

4. Frist, innerhalb der ein Gewinnanspruch geltend gemacht werden kann,
5. Bekanntmachung der Gewinnscheide und der Auszahlung der Gewinne und
6. Verwendung der Gewinne, auf die ein Anspruch nicht fristgerecht geltend gemacht worden ist.

Die Erlaubnis kann bestimmen, dass die Ziehung

1. unter Aufsicht der Erlaubnisbehörde stattfindet oder
2. unter Aufsicht einer Notarin oder eines Notars oder einer von der Erlaubnisbehörde bestimmten Vertrauensperson stattfindet und die Veranstalterin oder der Veranstalter ein Protokoll über die Ziehung bei der zuständigen Behörde einreicht.

(5) In der Erlaubnis zum Veranstellen eines öffentlichen Glücksspiels wird die Veranstalterin oder der Veranstalter von Glücksspielen im Land Brandenburg nach § 2 Absatz 3 zur Zahlung einer Glücksspielabgabe an das Land Brandenburg oder zur zweckentsprechenden Verwendung des Ertrages verpflichtet. Die Glücksspielabgabe beträgt 12,5 Prozent bei Sofortlotterien, im Übrigen 20 Prozent der Spieleinsätze. Das für Inneres zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium eine abweichende Glücksspielabgabe im Erlaubnisbescheid festlegen. Die Glücksspielabgabe wird im Landeshaushalt vereinnahmt; ein angemessener Anteil des Aufkommens dient der Finanzierung der Suchtprävention, Suchtberatung und gemeinnützigen Zwecken.

(5) In der Erlaubnis zum Veranstellen eines öffentlichen Glücksspiels wird die Veranstalterin oder der Veranstalter von Glücksspielen im Land Brandenburg nach § 2 Absatz 3 zur Zahlung einer Glücksspielabgabe an das Land Brandenburg oder zur zweckentsprechenden Verwendung des Ertrages verpflichtet. Die Glücksspielabgabe beträgt 12,5 Prozent bei Sofortlotterien, im Übrigen 20 Prozent der Spieleinsätze. Das für Inneres zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium eine abweichende Glücksspielabgabe im Erlaubnisbescheid festlegen. Die Glücksspielabgabe wird im Landeshaushalt vereinnahmt; ein angemessener Anteil des Aufkommens dient der Finanzierung der Suchtprävention, Suchtberatung und gemeinnützigen Zwecken.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(6) Die Absätze 1 bis 5 finden bei ländervereinheitlichen Verfahren nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 keine Anwendung.

(6) **u n v e r ä n d e r t**

**§ 4****Annahmestellen, Wettvermittlungsstellen**

(1) Eine Erlaubnis für den Betrieb einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle darf nicht für Räumlichkeiten erteilt werden, die nach ihrer Art, Lage, Beschaffenheit, Ausstattung und Einteilung den Zielen des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 entgegenstehen. Der Betrieb einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle ist unzulässig, wenn

1. sie als Vergnügungsstätte ausgestaltet ist,
2. sie in unmittelbarer Nähe zu Vergnügungsstätten, insbesondere Gaststätten, Spielhallen und Spielbanken oder Anlagen für sportliche Zwecke belegen ist,
3. sie in oder in unmittelbarer Nähe zu einer Einrichtung, die ihrer Art nach oder tatsächlich vorwiegend von Kindern und Jugendlichen besucht wird, belegen ist,
4. alkoholische Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle ausgeschenkt werden.

**§ 4****Annahmestellen, Wettvermittlungsstellen**

(1) Eine Erlaubnis für den Betrieb einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle darf nicht für Räumlichkeiten erteilt werden, die nach ihrer Art, Lage, Beschaffenheit, Ausstattung und Einteilung den Zielen des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 entgegenstehen. Die Vermittlung von Lotterien außerhalb der in Satz 1 aufgeführten Räumlichkeiten durch den Veranstalter nach § 10 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und dessen Annahmestellen ist zulässig. Der Betrieb einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle ist unzulässig, wenn

1. **u n v e r ä n d e r t**
2. **u n v e r ä n d e r t**
3. sie in unmittelbarer Nähe zu einer Einrichtung, die ihrer Art nach oder tatsächlich vorwiegend von Kindern und Jugendlichen besucht wird, belegen ist,
4. **u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(2) Der Betrieb einer Wettvermittlungsstelle ist weiter unzulässig, wenn der Abstand zu einer anderen Wettvermittlungsstelle 500 Meter Luftlinie unterschreitet. Eine Wettvermittlungsstelle darf von außen nicht einsehbar sein.

(2) **u n v e r ä n d e r t**

(3) Von der äußeren Gestaltung der Wettvermittlungsstelle und in ihrer unmittelbaren Nähe darf keine Werbung für den Wettbetrieb oder die in der Wettvermittlungsstelle angebotenen Wetten ausgehen oder durch eine besonders auffällige Gestaltung ein zusätzlicher Anreiz für den Wettbetrieb geschaffen werden.

(3) **u n v e r ä n d e r t**

(4) Die Anzahl der Annahmestellen im Sinne des § 3 Absatz 5 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 wird auf 720 Annahmestellen im Land Brandenburg begrenzt.

(4) **u n v e r ä n d e r t**

(5) Eine Erlaubnis zum Betreiben einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle darf nicht erteilt werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Betreiberin oder der Betreiber die für diese Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.

(5) **u n v e r ä n d e r t**

(6) Der Antrag auf Erlaubnis zum Betreiben einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle kann nur von der Veranstalterin oder dem Veranstalter gestellt werden.

(6) Der Antrag auf Erlaubnis zum Betreiben einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle kann nur von der Veranstalterin oder dem Veranstalter gestellt werden. Der Eigenbetrieb von Annahmestellen durch den Veranstalter nach § 10 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 ist zulässig.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses****§ 5****Gewerbliche Spielvermittlung**

(1) Wer im Land Brandenburg öffentliche Glücksspiele gewerblich vermitteln will, bedarf unbeschadet sonstiger Anzeigepflichten einer Erlaubnis nach § 3 oder einer Erlaubnis der nach § 19 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 zuständigen Behörde. Die Vermittlung darf nur an die Veranstalterinnen oder Veranstalter erfolgen, die über eine Veranstaltererlaubnis der zuständigen Behörde des Landes Brandenburg oder der nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 zuständigen Behörde verfügen.

(2) Gewerbliche Spielvermittlung in örtlichen Geschäftslokalen ist unzulässig.

**§ 5****u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses****Abschnitt 2****Abschnitt 2****Jugendschutz, Suchtprävention,  
Suchtberatung und Suchtforschung****Jugendschutz, Suchtprävention,  
Suchtberatung und Suchtforschung**

## § 6

## § 6

**Sicherstellung des Jugendschutzes****Sicherstellung des Jugendschutzes**

Die Veranstalterin, der Veranstalter, die Vermittlerin und der Vermittler von öffentlichen Glücksspielen haben nach § 4 Absatz 3 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 sicherzustellen, dass Minderjährige von der Teilnahme ausgeschlossen sind. Dieser Sicherstellungspflicht haben sie jeweils für ihre Verantwortungssphäre zu genügen. Bei unmittelbar an die Spielteilnehmerin oder den Spielteilnehmer gerichteten Angeboten trifft die Veranstalterin und den Veranstalter, die Vermittlerin und den Vermittler diese Sicherstellungspflicht; beim Vertrieb öffentlicher Glücksspiele durch Annahmestellen oder Wettvermittlungstellen hat die Veranstalterin oder der Veranstalter den Ausschluss der Teilnahme Jugendlicher im Rahmen der Organisations- und Direktionspflichten zu gewährleisten.

Das Veranstalten und das Vermitteln von öffentlichen Glücksspielen dürfen den Erfordernissen des Jugendschutzes nicht zuwiderlaufen. Die Teilnahme von Minderjährigen ist unzulässig. Dieser Sicherstellungspflicht haben die Veranstalterin und der Veranstalter, die Vermittlerin und der Vermittler jeweils für ihre Verantwortungssphäre zu genügen. Bei unmittelbar an die Spielteilnehmerin oder den Spielteilnehmer gerichteten Angeboten trifft die Veranstalterin und den Veranstalter, die Vermittlerin und den Vermittler diese Sicherstellungspflicht; beim Vertrieb öffentlicher Glücksspiele durch Annahmestellen oder Wettvermittlungstellen hat die Veranstalterin oder der Veranstalter den Ausschluss der Teilnahme Jugendlicher im Rahmen der Organisations- und Direktionspflichten zu gewährleisten. Testkäufe oder Testspiele mit minderjährigen Personen durch die Glücksspielaufsichtsbehörde sind nur zulässig, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass die Veranstalterin, der Veranstalter, die Vermittlerin oder der Vermittler von öffentlichen Glücksspielen nicht alle angemessenen und zumutbaren Maßnahmen des Jugendschutzes ergriffen haben.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

## § 7

**Suchtprävention und Suchtberatung**

Das Land beteiligt sich an der Finanzierung von Suchtprävention und Suchtberatung zur Vermeidung und Bekämpfung der Glücksspielsucht.

## § 7

**Suchtprävention und Suchtberatung**

(1) Das Land beteiligt sich an der Finanzierung von Suchtprävention und Suchtberatung zur Vermeidung und Bekämpfung der Glücksspielsucht.

(2) Die besonderen Gefahren des Online-Glücksspiels sind bei der Suchtprävention und Suchtberatung zur Vermeidung und Bekämpfung der Glücksspielsucht zu beachten.

## § 8

**Suchtforschung**

(1) Das Land finanziert Projekte zur Erforschung der Glücksspielsucht. Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann das Land mit anderen Ländern gemeinsame Projekte fördern.

(2) Veranstalter von Glücksspielen im Land Brandenburg nach § 2 Absatz 3 sind berechtigt und auf Verlangen der Glücksspielaufsichtsbehörde auch verpflichtet, Daten im Sinne des § 23 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 in anonymisierter Form für Zwecke der Glücksspielforschung zur Verfügung zu stellen.

## § 8

**u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses****Abschnitt 3****Abschnitt 3****Lotterien und Ausspielungen mit geringerem Gefährdungspotenzial und kleine Lotterien und Ausspielungen****u n v e r ä n d e r t****§ 9****Lotterien und Ausspielungen mit geringerem Gefährdungspotential**

Bei Lotterien und Ausspielungen mit geringerem Gefährdungspotential richten sich die Erteilung sowie Form und Inhalt der Erlaubnis nach den §§ 12 bis 17 des Glücksspielstaatsvertrages 2021.

**§ 10****Kleine Lotterien und Ausspielungen**

(1) Die Erlaubnis für die Veranstaltung einer kleinen Lotterie oder Ausspielung kann für solche Veranstaltungen allgemein erteilt werden,

1. bei denen die Summe der zu entrichtenden Entgelte den Betrag von 40 000 Euro nicht übersteigt und
2. bei denen der Losverkauf die Dauer von drei Monaten nicht überschreitet.

Die allgemeine Erlaubnis nach Satz 1 kann abweichend von den §§ 4 bis 8, 12 Absatz 1, §§ 13, 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, §§ 15 bis 17 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 erteilt werden. Der Reinertrag und die Gewinnsumme müssen jeweils mindestens ein Drittel der Entgelte betragen.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(2) In der allgemeinen Erlaubnis ist zu bestimmen, dass bei den Veranstaltungen, bei denen Lose ausgegeben werden sollen, die den sofortigen Gewinnentscheid enthalten, Prämien- oder Schlussziehungen nicht vorgesehen werden dürfen.

(3) Die allgemeine Erlaubnis ist zu befristen. Sie begründet die Pflicht, die vorgesehene Veranstaltung mindestens zwei Wochen vor Beginn der zuständigen Behörde und dem für den Veranstalter zuständigen Finanzamt schriftlich anzuzeigen.

**§ 11****Maßnahmen bei kleinen Lotterien und Ausspielungen**

(1) Für kleine Lotterien und Ausspielungen können von der zuständigen Ordnungsbehörde im Einzelfall Auflagen erlassen werden.

(2) Im Einzelfall kann eine kleine Lotterie oder Ausspielung untersagt werden, wenn

1. gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder gegen den Glücksspielstaatsvertrag 2021 oder gegen wesentliche Bestimmungen der allgemeinen Erlaubnis verstoßen wird,
2. die Gefahr besteht, dass durch die Verwendung des Reinertrages die öffentliche Sicherheit oder Ordnung verletzt wird, oder
3. keine Gewähr für die ordnungsgemäße Durchführung der kleinen Lotterie oder Ausspielung oder für die zweckentsprechende Verwendung des Reinertrages gegeben ist.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses****Abschnitt 4****Abschnitt 4****Glücksspielaufsicht****u n v e r ä n d e r t**

## § 12

**Erlaubnisbehörden**

(1) Zuständig für die Erteilung einer Erlaubnis zur Veranstaltung eines Glücksspiels sind

1. die amtsfreien Gemeinden, die kreisfreien Städte, die Ämter, die Verbandsgemeinden, die mitverwaltenden Gemeinden und die mitverwalteten Gemeinden als örtliche Ordnungsbehörden, wenn die Veranstaltung innerhalb der Gebietsgrenzen dieser Körperschaften stattfindet,
2. die Landkreise als Kreisordnungsbehörden, wenn die Veranstaltung in mehreren kreisangehörigen amtsfreien Gemeinden, Ämtern, Verbandsgemeinden, mitverwaltenden Gemeinden oder mitverwalteten Gemeinden stattfindet,
3. das für Inneres zuständige Ministerium, wenn die Veranstaltung in mehreren Landkreisen oder kreisfreien Städten stattfindet,
4. das für Inneres zuständige Ministerium, wenn die Veranstaltung landesweit oder in mehreren Ländern stattfindet.

(2) Zuständig für alle anderen Veranstaltungen und für die allgemeine Erlaubnis nach § 10 ist das für Inneres zuständige Ministerium.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(3) Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis für Annahmestellen, Wettvermittlungsstellen, Lotterieeeinnehmerinnen, Lotterieeeinnehmer, gewerbliche Spielvermittlerinnen und gewerbliche Spielervermittler ist das für Inneres zuständige Ministerium.

(4) Absatz 1 Nummer 4, Absatz 2 erster Halbsatz und Absatz 3 für Lotterieeeinnehmerinnen, Lotterieeeinnehmer, gewerbliche Spielvermittlerinnen und gewerbliche Spielervermittler finden bei Erlaubnissen nach dem ländereinheitlichen Verfahren nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und nach dem Verfahren nach § 19 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 keine Anwendung.

**§ 13****Glücksspielaufsichtsbehörden**

(1) Für Maßnahmen gegen unerlaubte Glücksspiele, die innerhalb der Gebietsgrenzen einer amtsfreien Gemeinde, einer kreisfreien Stadt, eines Amtes, einer Verbandsgemeinde, einer mitverwaltenden Gemeinde oder einer mitverwalteten Gemeinde veranstaltet oder vermittelt werden, sowie die Werbung hierfür, sind die örtlichen Ordnungsbehörden zuständig. Dies gilt auch für unerlaubte Glücksspiele im Internet, die in örtlichen Geschäftslokalen angeboten werden. Für Maßnahmen gegen unerlaubte Glücksspiele, die in mehreren kreisangehörigen amtsfreien Gemeinden, Ämtern, Verbandsgemeinden, mitverwaltenden Gemeinden oder mitverwalteten Gemeinden veranstaltet oder vermittelt werden, sowie die Werbung hierfür, sind die Kreisordnungsbehörden zuständig.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(2) Die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung erlaubter Glücksspiele nehmen die Behörden wahr, die die Erlaubnis erteilt haben. Wird das Glücksspiel aufgrund einer allgemeinen Erlaubnis nach § 10 veranstaltet, gilt Satz 1 entsprechend.

(3) Ist eine örtliche Ordnungsbehörde oder eine Kreisordnungsbehörde nicht zuständig, liegt die Zuständigkeit bei dem für Inneres zuständigen Ministerium.

(4) Absatz 3 findet bei Aufsichtsmaßnahmen nach dem länder einheitlichen Verfahren nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und nach dem Verfahren nach § 19 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 keine Anwendung.

**Abschnitt 5****Abschnitt 5****Schlussbestimmungen****Schlussbestimmungen**

## § 14

## § 14

**Ordnungswidrigkeiten****Ordnungswidrigkeiten**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig (1) unverändert

1. entgegen § 4 Absatz 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 ohne Erlaubnis ein Glücksspiel veranstaltet oder vermittelt,
2. entgegen § 4 Absatz 3 Satz 2 und 3 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 Minderjährige an Glücksspielen teilnehmen lässt,
3. entgegen § 5 Absatz 7 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 für unerlaubte Glücksspiele wirbt,

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

4. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 die erforderlichen Auskünfte nicht oder nicht vollständig erteilt oder verlangte Unterlagen und Nachweise nicht vorlegt oder das Betreten der Geschäftsräume und -grundstücke verwehrt,
5. entgegen § 10 Absatz 1 eine kleine Lotterie veranstaltet oder eine gemäß § 11 Absatz 2 untersagte Veranstaltung durchführt,
6. entgegen § 10 Absatz 3 die Veranstaltung einer kleinen Lotterie den zuständigen Behörden nicht oder nicht rechtzeitig schriftlich anzeigt oder gegen erteilte Auflagen (§ 11 Absatz 1) verstößt,
7. gegen Bestimmungen oder Nebenbestimmungen einer behördlichen Erlaubnis verstößt,
8. entgegen § 19 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 als gewerbliche Spielvermittlerin oder gewerblicher Spielvermittler die für diese Tätigkeit geltenden Anforderungen nicht erfüllt, insbesondere der bestellten Treuhänderin oder dem bestellten Treuhänder die Spielunterlagen, die zur Führung der Geschäfte erforderlichen Unterlagen, die der Durchführung der Veranstaltung dienenden Gegenstände oder den Spielertrag ganz oder teilweise nicht herausgibt, die erforderlichen Auskünfte nicht oder nicht vollständig erteilt oder die zur einstweiligen Fortführung der Veranstaltung erforderlichen Dienstleistungen oder das hierfür erforderliche Personal nicht zur Verfügung stellt sowie nicht mindestens zwei Drittel der vereinnahmten Beträge an die Veranstalterin oder den Veranstalter gemäß § 2 Absatz 3 weiterleitet,

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

9. gesperrte Spielerinnen oder gesperrte Spieler an Glücksspielen ohne die erforderliche Identitätskontrolle teilnehmen lässt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 500 000 Euro geahndet werden.

(3) Ist eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 begangen worden, so können die Gegenstände,

1. auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht oder

2. die durch sie hervorgebracht oder zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind, eingezogen werden.

Gleiches gilt für die durch die Ordnungswidrigkeit gewonnenen oder erlangten Gelder. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 185 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328, 1350) geändert worden ist, ist anzuwenden. Der eingezogene Reinertrag ist dem in § 8 Absatz 1 genannten Zweck zuzuführen.

(4) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Behörde. Sachlich zuständig für die Verfolgung und Ahndung unerlaubter Glücksspiele und der Werbung hierfür ist die Ordnungsbehörde nach § 5 des Ordnungswidrigkeitengesetzes; im Übrigen ist das für Inneres zuständige Ministerium zuständig.

(2) **u n v e r ä n d e r t**

(3) Ist eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 begangen worden, so können die Gegenstände,

1. **u n v e r ä n d e r t**

2. **u n v e r ä n d e r t**

Gleiches gilt für die durch die Ordnungswidrigkeit gewonnenen oder erlangten Gelder. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 9a des Gesetzes vom 30. März 2021 (BGBl. I S. 448, 458) geändert worden ist, ist anzuwenden. Der eingezogene Reinertrag ist dem in § 8 Absatz 1 genannten Zweck zuzuführen.

(4) **u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses****§ 15****Einschränkung von Grundrechten**

Durch dieses Gesetz wird das Grundrecht der Berufsfreiheit (Artikel 49 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) eingeschränkt.

**§ 15****u n v e r ä n d e r t****Artikel 2****Artikel 2****Brandenburgisches Spielhallenge-  
setz****Brandenburgisches Spielhallenge-  
setz****(BbgSpielhG)****(BbgSpielhG)****§ 1****Anwendungsbereich****§ 1****Anwendungsbereich**

(1) Dieses Gesetz regelt die sich aus dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 ergebenden Vorgaben an die Zulassung und den Betrieb von Spielhallen. Ziel ist es, den Bestand von Spielhallen zu begrenzen und ihr Erscheinungsbild so zu regeln, dass keine zusätzlichen Anreize von ihnen ausgehen, Spielerinnen und Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel angehalten werden und der Entstehung von Glücksspielsucht vorgebeugt wird. Ergänzend gelten die nach § 2 Absatz 3 Glücksspielstaatsvertrag 2021 anwendbaren Vorschriften.

(1) **u n v e r ä n d e r t**

(2) Eine Spielhalle im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen oder Teil eines Unternehmens, das ausschließlich oder überwiegend der Aufstellung von Spielgeräten im Sinne des § 33c Absatz 1 Satz 1 der Gewerbeordnung oder der Veranstaltung anderer Spiele im Sinne des § 33d Absatz 1 Satz 1 der Gewerbeordnung dient.

(2) **u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(3) Für Gaststätten (Schank- und Speisewirtschaften und Beherbergungsbetriebe) und Wettannahmestellen der Buchmacher gelten, soweit sie Geld- oder Warenspielgeräte mit Gewinnmöglichkeit bereithalten, die nach § 2 Absatz 4 Glücksspielstaatsvertrag 2021 anwendbaren Vorschriften sowie § 4 Absatz 3 und 4 hinsichtlich der Geld- und Warenspielgeräte entsprechend.

(3) Für Gaststätten (Schank- und Speisewirtschaften und Beherbergungsbetriebe) und Wettannahmestellen der Buchmacher gelten, soweit sie Geld- oder Warenspielgeräte mit Gewinnmöglichkeit bereithalten, die nach § 2 Absatz 4 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 anwendbaren Vorschriften sowie § 4 Absatz 3 und 4 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 hinsichtlich der Geld- und Warenspielgeräte entsprechend.

**§ 2****Erlaubnis****§ 2****Erlaubnis**

(1) Die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle bedarf unbeschadet sonstiger Genehmigungserfordernisse für die Errichtung und den Betrieb einer Spielhalle einer Erlaubnis nach diesem Gesetz. Insbesondere finden die Gewerbeordnung einschließlich der sich hieraus ergebenden gesonderten Genehmigungserfordernisse und die Spielverordnung sowie die auf diesen Rechtsgrundlagen erlassenen Vorschriften in der jeweils geltenden Fassung weiterhin Anwendung, soweit nicht in diesem Gesetz abweichende Bestimmungen enthalten sind.

(1) **u n v e r ä n d e r t**

(2) Die Erlaubnis nach Absatz 1 ist zu versagen, wenn

(2) **u n v e r ä n d e r t**

1. ein Sozialkonzept gemäß § 5 nicht vorgelegt wird,
2. die Errichtung der Spielhalle den Beschränkungen des § 3 widerspricht oder
3. die Errichtung und der Betrieb der Spielhalle den Anforderungen des § 4 zuwiderlaufen würde.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(3) Die Erlaubnis ist auf maximal 15 Jahre zu befristen und unter dem Vorbehalt des Widerrufs zu erteilen. Für die Erlaubnis ist eine Gebühr in Höhe von 1 700 Euro zu entrichten. Mit der Gebühr sind alle Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Erteilung der Erlaubnis und der Überwachung abgegolten. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Gebührengesetzes für das Land Brandenburg. Die Erlaubnis kann auch nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden.

(3) Die Erlaubnis ist auf maximal 15 Jahre zu befristen und unter dem Vorbehalt des Widerrufs zu erteilen. Für die Erlaubnis ist eine Gebühr in Höhe von 2 500 Euro zu entrichten. Mit der Gebühr sind alle Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Erteilung der Erlaubnis und der Überwachung abgegolten. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Gebührengesetzes für das Land Brandenburg. Die Erlaubnis kann auch nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden.

(4) Die Erlaubnis kann unbeschadet der Widerrufsgründe nach § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg auch widerrufen werden, wenn

(4) **u n v e r ä n d e r t**

1. nachträglich Tatsachen eintreten, die eine Versagung der Erlaubnis nach Absatz 2 rechtfertigen würden, oder
2. die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle in schwerwiegender Weise gegen Verpflichtungen verstößt, die ihm nach diesem Gesetz sowie der erteilten Erlaubnis obliegen.

(5) Die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle ist verpflichtet, jede Änderung der für die Erlaubniserteilung maßgeblichen Tatsachen der zuständigen Erlaubnisbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(5) **u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(6) Die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle hat den Beauftragten der zuständigen Erlaubnisbehörde auf Verlangen die für die Überwachung des Geschäftsbetriebs erforderlichen mündlichen und schriftlichen Auskünfte unentgeltlich zu erteilen. Die Beauftragten sind befugt, zum Zwecke der Überwachung Grundstücke und Geschäftsräume der Betreiberin oder des Betreibers einer Spielhalle während der üblichen Geschäftszeit zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen, sich Unterlagen vorlegen zu lassen, soweit diese zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlich sind, und in diese Einsicht zu nehmen.

**§ 3****Beschränkungen von Spielhallen**

(1) Zwischen Spielhallen ist ein Mindestabstand von 500 Metern Luftlinie einzuhalten.

(2) Die Erteilung einer Erlaubnis für eine Spielhalle, die in einem baulichen Verbund mit einer oder weiteren Spielhallen, insbesondere in einem gemeinsamen Gebäude oder Gebäudekomplex, untergebracht ist, ist ausgeschlossen.

(3) Der Betrieb einer Spielhalle in unmittelbarer Nähe zu einer Lottoannahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle läuft den Zielen des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 zuwider und ist unzulässig.

**§ 4****Anforderungen an die Ausgestaltung und den Betrieb von Spielhallen**

(1) Als Bezeichnung des Unternehmens ist lediglich das Wort „Spielhalle“ zulässig.

**§ 3****u n v e r ä n d e r t**

(6) u n v e r ä n d e r t

(1) u n v e r ä n d e r t

**§ 4****Anforderungen an die Ausgestaltung und den Betrieb von Spielhallen**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(2) Eine Spielhalle darf von außen nicht einsehbar sein. (2) **u n v e r ä n d e r t**

(3) Von der äußeren Gestaltung der Spielhalle und in ihrer unmittelbaren Nähe darf keine Werbung für den Spielbetrieb oder die in der Spielhalle angebotenen Spiele ausgehen oder durch eine besonders auffällige Gestaltung ein zusätzlicher Anreiz für den Spielbetrieb geschaffen werden. (3) **u n v e r ä n d e r t**

(4) Die Sperrzeit für Spielhallen beginnt um 3 Uhr und endet um 9 Uhr. Außerdem ist am Karfreitag von 0 Uhr bis Kar Samstag 9 Uhr, am Volkstrauertag und am Totensonntag von 3 Uhr bis zum nächsten Tag 9 Uhr und am Vortag des 1. Weihnachtsfeiertages (Heiliger Abend) von 13 Uhr bis zum 1. Weihnachtsfeiertag 9 Uhr das Spielen verboten. (4) **u n v e r ä n d e r t**

(5) Die unentgeltliche Abgabe von Speisen und Getränken ist in Spielhallen verboten. (5) **u n v e r ä n d e r t**

(6) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle ist verpflichtet, die Spielerinnen und Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel anzuhalten, den Jugend- und Spielerschutz sicherzustellen und der Entstehung von Spielsucht vorzubeugen. Zu diesem Zweck hat sie oder er insbesondere; (6) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle ist verpflichtet, die Spielerinnen und Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel anzuhalten, den Jugend- und Spielerschutz sicherzustellen und der Entstehung von Spielsucht vorzubeugen. Zu diesem Zweck hat sie oder er insbesondere

1. sicherzustellen, dass Minderjährige keinen Zutritt zur Spielhalle haben, 1. **u n v e r ä n d e r t**

2. ein Sozialkonzept gemäß § 5 zu entwickeln und umzusetzen, 2. **u n v e r ä n d e r t**

3. Spielerinnen und Spieler sowohl vor Spielbeginn als auch während des Aufenthaltes in der Spielhalle gemäß § 6 aufzuklären, 3. **u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

- |  |                                 |
|--|---------------------------------|
| 4. sicherzustellen, dass in der Spielhalle stets eine Aufsichtsperson anwesend ist, die die Einhaltung der Vorgaben dieses Gesetzes überwacht, | 4. <b>u n v e r ä n d e r t</b> |
| 5. sicherzustellen, dass das Personal der Spielhalle vom Spiel ausgeschlossen ist und  | 5. <b>u n v e r ä n d e r t</b> |
| 6. sicherzustellen, dass die Vergütung des Personals nicht in Abhängigkeit vom Umsatz berechnet wird.  | 6. <b>u n v e r ä n d e r t</b> |

**§ 5****Sozialkonzept****§ 5****Sozialkonzept**

(1) In dem Sozialkonzept ist darzulegen, mit welchen Maßnahmen den sozialschädlichen Auswirkungen des Glücksspiels vorgebeugt werden soll und wie diese behoben werden sollen. Das Sozialkonzept muss mindestens folgenden Inhalt haben:	(1) In dem Sozialkonzept ist darzulegen, mit welchen Maßnahmen den sozialschädlichen Auswirkungen des Glücksspiels vorgebeugt werden soll und wie diese behoben werden sollen. Das Sozialkonzept muss mindestens folgenden Inhalt haben:
--	--

- |   |   |
|---|---|
| 1. Benennung der oder des Beauftragten für das Sozialkonzept bei der Erlaubnisinhaberin oder dem Erlaubnisinhaber sowie zusätzlich die Benennung einer verantwortlichen Person vor Ort;   | 1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>   |
| 2. Berücksichtigung der Anliegen nach § 4 Absatz 6 Satz 1 in der internen Unternehmenskommunikation, bei der Werbung sowie beim Sponsoring;   | 2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>   |
| 3. <u>Regelmäßige</u> Personalschulungen für das Aufsichtspersonal der Spielhalle, für die Erlaubnisinhaberin oder den Erlaubnisinhaber sowie für die Beauftragten nach Nummer 1 unter Einbindung suchtfachlich sowie pädagogisch qualifizierter Dritter mit folgenden Mindestinhalten: | 3. <u>regelmäßige</u> Personalschulungen für das Aufsichtspersonal der Spielhalle, für die Erlaubnisinhaberin oder den Erlaubnisinhaber sowie für die Beauftragten nach Nummer 1 unter Einbindung suchtfachlich sowie pädagogisch qualifizierter Dritter mit folgenden Mindestinhalten: |
| a) Rechtsgrundlagen zum Jugend- und Spielerschutz,  | a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>   |

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des Hauptausschusses</b>
b) Kenntnisse zur Glücksspiel-sucht einschließlich anbieterun-abhängiger Hilfeangebote und	b) un v e r ä n d e r t
c) Vermittlung von Handlungskom-petenzen insbesondere in der Früherkennung auffälligen Spielverhaltens und Kommuni-kation mit Spielern;	c) un v e r ä n d e r t
4. Umsetzung des Jugendschutzes und der Identitätskontrolle ein-schließlich des Abgleichs mit der Sperrdatei;	4. un v e r ä n d e r t
5. Aufklärung nach § 6 einschließlich des Verweises auf die Telefonbera-tung mit bundesweit einheitlicher Telefonnummer und der Bereitstel-lung von Informationen mit folgen-den Mindestinhalten:	5. un v e r ä n d e r t
a) Suchtrisiko und mögliche nega-tive Folgen,	
b) Teilnahmeverbot Minderjähri-ger,	
c) Hinweise zu verantwortungsbe-wusstem Spielverhalten,	
d) Möglichkeit der Einschätzung des eigenen Spielverhaltens und der persönlichen Gefähr-dung,	
e) Hinweise zu anbieterunabhängi-gen Hilfeangeboten und	
f) Sperrverfahren;	
6. Früherkennung unter Einbeziehung suchtwissenschaftlicher Erkennt-nisse;	6. un v e r ä n d e r t
7. Frühintervention und Information über regionale Suchtberatungsstel-len sowie andere anbieterunabhän-gige Hilfeangebote;	7. un v e r ä n d e r t

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

- |  |                                  |
|--|----------------------------------|
| 8. Umsetzung der Sperrverfahren mit Selbst- und Fremdsperrern;   | 8. <b>u n v e r ä n d e r t</b>  |
| 9. kontinuierliche Dokumentation der durchgeführten Maßnahmen zum Zweck von Rückschlüssen auf die Auswirkungen des angebotenen Glücksspiels, auf das Spielverhalten und auf die Entstehung von Glücksspielsucht sowie zur Beurteilung des Erfolgs der durchgeführten Maßnahmen zum Jugend- und Spielerschutz;  | 9. <b>u n v e r ä n d e r t</b>  |
| 10. Berichterstattung unter Zugrundelegung der Dokumentation nach Nummer 9 alle zwei Jahre gegenüber der zuständigen Behörde.  | 10. <b>u n v e r ä n d e r t</b> |
| (2) Das für Gesundheit zuständige Mitglied der Landesregierung bestimmt mit Zustimmung der für Inneres sowie für Wirtschaft zuständigen Mitglieder der Landesregierung durch Rechtsverordnung das Nähere über Inhalt und Form des Sozialkonzepts nach Absatz 1, die Häufigkeit von Schulungen nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 3, über die Anerkennung der Schulungsangebote nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 sowie die zuständige Behörde nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 10. | (2) <b>u n v e r ä n d e r t</b> |

**§ 6****Aufklärung**

(1) Die Erlaubnisinhaberin oder der Erlaubnisinhaber hat den Spielerinnen und Spielern vor der Spielteilnahme spielrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen, sowie über die Suchtrisiken der angebotenen Glücksspiele, das Verbot der Teilnahme Minderjähriger und Möglichkeiten der Beratung und Therapie aufzuklären. Als spielrelevante Informationen kommen insbesondere in Betracht:

**§ 6****Aufklärung**

(1) Die Erlaubnisinhaberin oder der Erlaubnisinhaber hat den Spielerinnen und Spielern vor der Spielteilnahme spielrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen sowie über die Suchtrisiken der angebotenen Glücksspiele, das Verbot der Teilnahme Minderjähriger und Möglichkeiten der Beratung und Therapie aufzuklären. Als spielrelevante Informationen kommen insbesondere in Betracht:

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

- |   |  |
|---|--|
| 1. alle Kosten, die mit der Teilnahme veranlasst sind,  | 1. un verändert  |
| 2. die Höhe aller Gewinne,  | 2. un verändert  |
| 3. wann und wo alle Gewinne veröffentlicht werden,  | 3. un verändert  |
| 4. der Prozentsatz der Auszahlung für Gewinne vom Einsatz (Auszahlungsquote),   | 4. un verändert  |
| 5. Informationen zu den Gewinn- und Verlustwahrscheinlichkeiten,  | 5. un verändert  |
| 6. Annahmeschluss der Teilnahme,  | 6. un verändert  |
| 7. das Verfahren, nach dem der Gewinner ermittelt wird, insbesondere die Information über den Zufallsmechanismus, der der Generierung der zufallsabhängigen Spielergebnisse <u>zu Grunde</u> liegt, | 7. das Verfahren, nach dem der Gewinner ermittelt wird, insbesondere die Information über den Zufallsmechanismus, der der Generierung der zufallsabhängigen Spielergebnisse <u>zugrunde</u> liegt, |
| 8. wie die Gewinne zwischen den Gewinnern aufgeteilt werden,  | 8. un verändert  |
| 9. die Ausschlussfrist, bis wann Gewinner Anspruch auf ihren Gewinn erheben müssen,   | 9. un verändert  |
| 10. der Name der Erlaubnisinhaberin oder des Erlaubnisinhabers sowie seine Kontaktdaten (Anschrift, E-Mail, Telefon),   | 10. un verändert   |
| 11. soweit vorhanden, die Handelsregisternummer,  | 11. un verändert   |
| 12. wie der Spieler Beschwerden vorbringen kann und   | 12. un verändert   |
| 13. das Datum der ausgestellten Erlaubnis.  | 13. un verändert   |

Informationen über Höchstgewinne sind mit der Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit von Gewinn und Verlust zu verbinden. Spielerinnen oder Spieler und Behörden müssen leichten Zugang zu diesen Informationen haben.

Informationen über Höchstgewinne sind mit der Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit von Gewinn und Verlust zu verbinden. Spielerinnen oder Spieler und Behörden müssen leichten Zugang zu diesen Informationen haben.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(2) Spielscheine, Spielquittungen und vergleichbare Bescheinigungen müssen Hinweise auf die von dem jeweiligen Glücksspiel ausgehende Suchtgefahr und Hilfsmöglichkeiten enthalten.

(2) **u n v e r ä n d e r t**

**§ 7****Spielersperre****§ 7****u n v e r ä n d e r t**

(1) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle ist verpflichtet, spielwillige Personen durch Kontrolle eines amtlichen Ausweises oder eine vergleichbare Identitätskontrolle zu identifizieren und einen Abgleich mit der Sperrdatei nach § 23 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 durchzuführen. Sie oder er hat sicherzustellen, dass gesperrte Spielerinnen und Spieler nicht an Glücksspielen in der Spielhalle teilnehmen. Der Abgleich ist bei jedem Betreten der Spielhalle und im Übrigen vor dem ersten Spiel während eines Aufenthaltes in der Spielhalle vorzunehmen.

(2) Die Betreiberin oder der Betreiber sowie das Personal der Spielhalle dürfen nicht auf gesperrte Spielerinnen und Spieler einwirken, einen Antrag auf Entsperrung zu stellen. Spielerinnen und Spielern, deren Spielersperre aufgehoben worden ist, dürfen keine Vorteile wie Boni oder Rabatte gewährt werden.

(3) Der Anschluss an das Sperrsystem und die Nutzung des Sperrsystems ist für die Betreiberin oder den Betreiber der Spielhalle kostenpflichtig. Das Stellen eines Sperrantrages oder eines Antrages auf Beendigung der Sperre ist kostenfrei.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

## § 8

**Eintragung, Dauer und Beendigung  
der Sperre**

## § 8

**u n v e r ä n d e r t**

(1) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle sperrt Personen, die dies beantragen (Selbstsperre) oder von denen sie aufgrund der Wahrnehmung ihres Personals oder aufgrund von Meldungen Dritter wissen oder aufgrund sonstiger tatsächlicher Anhaltspunkte annehmen müssen, dass sie spielsuchtgefährdet oder überschuldet sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen oder Spieleinsätze riskieren, die in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen oder Vermögen stehen (Fremdsperre).

(2) Vor Eintragung einer Fremdsperre ist der betroffenen Person Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Gelegenheit sowie eine etwaige Stellungnahme sind zu dokumentieren.

(3) Die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle hat folgende Daten in die Sperrdatei einzutragen:

1. Familiennamen, Vornamen, Geburtsnamen,
2. Aliasnamen, verwendete Falschnamen,
3. Geburtsdatum,
4. Geburtsort,
5. Anschrift,
6. Lichtbilder,
7. Grund der Sperre,
8. Dauer der Sperre und
9. meldende Stelle.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

Ein Eintrag ist auch vorzunehmen, wenn nicht alle Daten erhoben werden können.

(4) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle teilt der betroffenen Person unverzüglich in Textform mit, dass für sie eine Sperre eingetragen ist und informiert sie über das Verfahren zur Beendigung der Sperre nach Absatz 7.

(5) Die Sperre beträgt mindestens ein Jahr, es sei denn, die eine Selbstsperre beantragende Person beantragt einen abweichenden Zeitraum, der jedoch drei Monate nicht unterschreiten darf. Wird eine kürzere Dauer als drei Monate angegeben, gilt dies als Angabe von drei Monaten.

(6) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle hat die Sperranträge bei Selbstsperrungen und die bei Fremdsperrungen anfallenden Unterlagen aufzubewahren. Bei Geschäftsaufgabe, Fusionen, Insolvenz oder dem Vorliegen sonstiger Gründe, die die weitere Aufbewahrung dieser Unterlagen durch die Betreiberin oder den Betreiber der Spielhalle unmöglich machen, hat dieser sämtliche die Sperre betreffenden Unterlagen der für die Führung der Sperrdatei zuständigen Behörde auszuhändigen.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(7) Eine Aufhebung der Sperre ist nur auf schriftlichen Antrag der gesperrten Person möglich. Dies gilt auch dann, wenn bei Beantragung der Sperre für die Laufzeit der Sperre eine bestimmte Frist genannt wurde. Der Antrag kann frühestens nach Ablauf der Mindestdauer nach Absatz 5 gestellt werden. Wird kein Antrag nach Satz 1 gestellt, endet die Sperre nicht. Die Aufhebung der Sperre wird nach ihrer Eintragung in der Sperrdatei, jedoch im Fall einer Selbstsperre nicht vor Ablauf einer Woche und im Fall einer Fremdsperre nicht vor Ablauf eines Monats nach Eingang des Antrags auf Aufhebung der Sperre bei der für die Führung der Sperrdatei zuständigen Behörde wirksam. Der Antragstellerin oder dem Antragsteller ist die Entsperrung mitzuteilen.

(8) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle ist verpflichtet, Anträge auf Aufhebung der Sperre an die für die Führung der Sperrdatei zuständige Behörde weiterzuleiten.

**§ 9****Zuständige Behörden**

(1) Zuständige Erlaubnisbehörden nach § 2 dieses Gesetzes sind die örtlichen Ordnungsbehörden.

**§ 9****u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(2) Das Land erstattet den nach Absatz 1 zuständigen Behörden die mit der Anwendung dieses Gesetzes verbundenen notwendigen Kosten einschließlich der Personal- und Sachkosten, soweit dieser finanzielle Aufwand nicht durch Gebühren nach § 2 Absatz 3 Satz 2 ausgeglichen werden kann. Der eine Gebührenerhebung übersteigende, nachgewiesene finanzielle Aufwand wird den zuständigen Behörden nach Ablauf eines Haushaltsjahres vom Land durch das für Wirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung auf Antrag erstattet.

**§ 10****Ordnungswidrigkeiten**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen

1. § 2 Absatz 1 Satz 1 eine Spielhalle ohne Erlaubnis errichtet und betreibt,
2. § 2 Absatz 3 Satz 5 Nebenbestimmungen nicht beachtet,
3. § 2 Absatz 5 Änderungen der für die Erlaubniserteilung maßgeblichen Tatsachen nicht unverzüglich anzeigt,
4. § 4 Absatz 1 ein anderes Wort als „Spielhalle“ für das Unternehmen wählt,
5. § 4 Absatz 2 den Einblick von außen ermöglicht,
6. § 4 Absatz 3 in unmittelbarer Nähe der Spielhalle Werbung für den Spielbetrieb oder die in der Spielhalle angebotenen Spiele betreibt oder eine besonders auffällige Gestaltung der Spielhalle vornimmt,

**§ 10****u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

7. § 4 Absatz 4 die Sperrzeit oder die spielfreien Tage nicht beachtet,
8. § 4 Absatz 5 unentgeltlich Speisen oder Getränke abgibt oder zulässt, dass unentgeltlich Speisen oder Getränke abgegeben werden,
9. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 1 nicht sicherstellt, dass Minderjährigen keinen Zutritt zur Spielhalle haben,
10. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 2 kein Sozialkonzept entwickelt oder umsetzt, in dem dargelegt ist, mit welchen Maßnahmen den sozialschädlichen Auswirkungen des Glücksspiels vorgebeugt werden soll und wie diese behoben werden,
11. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 3 den Spielerinnen und Spielern vor der Spielteilnahme spielrelevante Informationen nicht zur Verfügung stellt oder über die Suchtrisiken der angebotenen Glücksspiele, das Verbot der Teilnahme Minderjähriger und Möglichkeiten der Beratung und Therapie nicht aufklärt,
12. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 4 nicht sicherstellt, dass in der Spielhalle stets eine Aufsichtsperson anwesend ist, die die Einhaltung der Vorgaben dieses Gesetzes überwacht,
13. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 5 nicht sicherstellt, dass das Personal der Spielhalle vom Spiel ausgeschlossen ist,
14. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 6 nicht sicherstellt, dass die Vergütung des Personals nicht in Abhängigkeit vom Umsatz berechnet wird,

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

15. § 6 Absatz 1 Satz 3 und 4 Informationen über Höchstgewinne nicht mit der Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit von Gewinn und Verlust verbindet oder keinen leichten Zugang hierzu ermöglicht,
16. § 6 Absatz 2 Spielscheine, Spielquittungen und vergleichbare Bescheinigungen nicht mit Hinweisen auf die von dem jeweiligen Glücksspiel ausgehenden Suchtgefahren und Hilfsmöglichkeiten versieht,
17. § 7 Absatz 1 Satz 1 spielwillige Personen nicht identifiziert oder keinen Abgleich mit der Sperrdatei vornimmt,
18. § 7 Absatz 1 Satz 2 nicht sicherstellt, dass gesperrte Spieler nicht an Glücksspielen in der Spielhalle teilnehmen,
19. § 7 Absatz 2 Satz 1 auf gesperrte Spieler einwirkt,
20. § 7 Absatz 2 Satz 2 Vorteile gewährt,
21. § 8 Absatz 1 eine Sperre nicht vornimmt,
22. § 8 Absatz 2 Satz 1 der betroffenen Person keine Gelegenheit zur Stellungnahme gibt,
23. § 8 Absatz 2 Satz 2 keine Dokumentation vornimmt,
24. § 8 Absatz 3 die genannten Daten nicht in die Sperrdatei einträgt,
25. § 8 Absatz 4 die Eintragung einer Sperre nicht mitteilt oder nicht über das Verfahren zur Beendigung der Sperre informiert,
26. § 8 Absatz 6 Satz 1 Unterlagen nicht aufbewahrt,

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

27. § 8 Absatz 6 Satz 2 Unterlagen nicht aushändigt,

28. § 8 Absatz 8 Anträge nicht weiterleitet.

(2) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Behörde.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50 000 Euro geahndet werden.

**§ 11****Übergangs- und Härtefallregelung****§ 11****Übergangs- und Härtefallregelung**

(1) Im Fall des § 3 erhält nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages vom 15. Dezember 2011 grundsätzlich diejenige Betreiberin oder derjenige Betreiber einer Spielhalle die Erlaubnis nach § 2 Absatz 1 unter Berücksichtigung der Ziele des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages vom 15. Dezember 2011 in Verbindung mit § 2 Absatz 2 dieses Gesetzes, die oder der über die älteste Erlaubnis nach § 33i der Gewerbeordnung verfügt. Bei zeitgleich erteilten Erlaubnissen ist eine Auswahlentscheidung unter Abwägung der Gesamtumstände zu treffen.

(2) Stellt in den Fällen des Absatzes 1 die Nichterteilung einer Erlaubnis nach § 2 Absatz 1 insbesondere unter Abwägung der konkreten persönlichen Umstände eine unbillige Härte dar, kann eine Befreiung von der Erfüllung einzelner Anforderungen des § 24 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages vom 15. Dezember 2011 sowie des § 3 dieses Gesetzes für einen angemessenen Zeitraum zugelassen werden.

(1) **u n v e r ä n d e r t**

(2) **u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(3) Abweichend von § 25 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 kann für am 1. Januar 2020 bestehende Spielhallen, die in einem baulichen Verbund mit weiteren Spielhallen stehen, für bis zu drei Spielhallen je Gebäude oder Gebäudekomplex auf gemeinsamen Antrag der Betreiberinnen oder Betreiber eine Erlaubnis erteilt werden, wenn

1. mindestens alle Spielhallen von einer akkreditierten Prüforganisation zertifiziert worden sind und die Zertifizierung in regelmäßigen Abständen, mindestens alle zwei Jahre, wiederholt wird,
2. die Betreiber über einen aufgrund einer Unterrichtung mit Prüfung erworbenen Sachkundenachweis verfügen und
3. das Personal der Spielhallen besonders geschult wird.

Die Erlaubnis ist zu befristen. Sie kann bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 erteilt werden. Gegenstand der Zertifizierung nach Satz 1 Nummer 1 sind die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen, die Durchführung der Maßnahmen des Sozialkonzepts nach § 6 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und die besondere Schulung des Personals nach Satz 1 Nummer 3. Prüforganisationen sind zur Zertifizierung der Spielhallen berechtigt, wenn sie hinsichtlich der zur Beurteilung der in Satz 4 genannten Sachverhalte erforderlichen Sachkunde und ihrer organisatorischen, personellen und finanziellen Unabhängigkeit von Spielhallenbetreibern, Automatenaufstellern und deren Interessensverbänden bei der nationalen Akkreditierungsstelle gemäß ISO/IEC 17065 akkreditiert sind. Die Erlaubnis nach Satz 1 erlischt im Falle des Wechsels einer Betreiberin oder eines Betreibers für die betroffene Spielhalle unwiderruflich.

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

(4) Das für Gesundheit zuständige Mitglied der Landesregierung bestimmt mit Zustimmung der für Inneres sowie für Wirtschaft zuständigen Mitglieder der Landesregierung durch Rechtsverordnung das nähere Verfahren nach Absatz 3.

## § 12

## § 12

**Einschränkung von Grundrechten****Einschränkung von Grundrechten**

Durch dieses Gesetz wird das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes und Artikel 15 der Verfassung des Landes Brandenburg), das Grundgesetz der Berufsfreiheit (Artikel 49 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) eingeschränkt.

Durch dieses Gesetz wird das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes und Artikel 15 der Verfassung des Landes Brandenburg), das Grundrecht der Berufsfreiheit (Artikel 49 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) eingeschränkt.

**Artikel 3****Artikel 3****Änderung des Spielbankgesetzes****Änderung des Spielbankgesetzes**

Das Spielbankgesetz vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S.218, 223), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 1. April 2019 (GVBl. I Nr. 6 S. 1) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Das Spielbankgesetz vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 218, 223), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 1. April 2019 (GVBl. I Nr. 6 S. 1) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

1. u n v e r ä n d e r t

„Satz 1 gilt entsprechend für Online-Casinospiele im Sinne von § 3 Absatz 1a Satz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021.“

2. In § 2 werden die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „des für Inneres zuständigen Ministeriums“ ersetzt.

2. § 2 wird wie folgt gefasst:

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

„Als Standort einer Spielbank können durch Erlaubnis des für Inneres zuständigen Ministeriums die Städte Landeshauptstadt Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus oder eine an diese Städte angrenzende Gemeinde oder eine Gemeinde bestimmt werden, die zum Gebiet eines an die genannten Städte angrenzenden Amtes gehört. Der Betrieb von Zweigstellen kann erlaubt werden. In Ausnahmefällen kann der temporäre Betrieb in Einrichtungen erlaubt werden. Näheres regelt eine Rechtsverordnung des für Inneres zuständigen Mitgliedes der Landesregierung, die im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Mitglied der Landesregierung erlassen wird.“

- |   |                          |
|---|--------------------------|
| <p>3. In § 3 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Spielbanken“ die Wörter „und Online-Casinospiele“ eingefügt.</p>   | 3. u n v e r ä n d e r t |
| <p>4. § 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „für Inneres zuständigen Ministeriums“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„2. die Einhaltung der Regelungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021 sichergestellt ist.“</p> <p>c) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:</p> <p>„In der Erlaubnis sind Art und Umfang der Online-Casinospiele festzulegen.“</p> <p>d) Absatz 5 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:</p> | 4. u n v e r ä n d e r t |

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

„4. die Kooperation bei der Veranstaltung von Online-Casinospielen mit anderen konzessionierten Spielbankgesellschaften anderer Länder,“.

5. Dem § 5 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Für die Teilnahme am Online-Casinospiel gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend und die Bestimmungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021.“

6. § 6 wird wie folgt gefasst:

**„§ 6****Spielerschutz**

Bei jedem Betreten der Spielbank sowie vor jedem Zugangsversuch zum Online-Casino Angebot im Internet hat ein Abgleich mit der Sperrdatei nach dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 zu erfolgen. Nur zuvor erfolgreich registrierte Spielerinnen und Spieler dürfen Zugang zum Online-Casino Angebot erhalten. Gesperrte Spielerinnen und Spieler dürfen die Spielbank nicht betreten; der Zugangsversuch zum Online-Casino Angebot im Internet ist abbrechen. Gesperrte Spielerinnen und Spieler sind jeweils in geeigneter Form auf die bestehende Sperre hinzuweisen.“

7. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 werden jeweils die Wörter „Ministerium des Innern“ jeweils durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.
- b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

5. u n v e r ä n d e r t

6. § 6 wird wie folgt gefasst:

**„§ 6****Spielerschutz**

Bei jedem Betreten der Spielbank sowie vor jedem Zugangsversuch zum Online-Casino\_Angebot im Internet hat ein Abgleich mit der Sperrdatei nach dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 zu erfolgen. Nur zuvor erfolgreich registrierte Spielerinnen und Spieler dürfen Zugang zum Online-Casino\_Angebot erhalten. Gesperrte Spielerinnen und Spieler dürfen die Spielbank nicht betreten; der Zugangsversuch zum Online-Casino\_Angebot im Internet ist abbrechen. Gesperrte Spielerinnen und Spieler sind jeweils in geeigneter Form auf die bestehende Sperre hinzuweisen.“

7. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 werden jeweils die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.
- b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses**

„(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für das Online-Casino Angebot.“

„(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für das Online-Casino-Angebot.“

8. § 10 wird wie folgt geändert:

8. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

a) **u n v e r ä n d e r t**

b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für das Online-Casino Angebot.“

„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für das Online-Casino-Angebot.“

9. § 11 wird wie folgt geändert:

9. **u n v e r ä n d e r t**

a) In Absatz 3 werden die Wörter „Ministerium der Finanzen“ durch die Wörter „für Finanzen zuständige Ministerium“ ersetzt.

b) In Absatz 10 Satz 1 und in Absatz 11 Satz 1 werden jeweils die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ und jeweils die Wörter „Ministerium der Finanzen“ durch die Wörter „für Finanzen zuständige Ministerium“ ersetzt.

10. Dem § 12 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

10. Dem § 12 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Satz 1 gilt entsprechend für das Online-Casino Angebot.“

„Satz 1 gilt entsprechend für das Online-Casino-Angebot.“

11. In § 13 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Ministerium der Finanzen“ durch die Wörter „für Finanzen zuständige Ministerium“ ersetzt.

11. **u n v e r ä n d e r t**

12. § 14a wird aufgehoben.

12. **u n v e r ä n d e r t**

**Entwurf****Beschlüsse des Hauptausschusses****Artikel 4****Artikel 4****Inkrafttreten, Außerkrafttreten****u n v e r ä n d e r t**

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten das Brandenburgische Glücksspielausführungsgesetz vom 28. Juni 2012 (GVBl. I Nr. 29) und das Brandenburgische Spielhallenge-setz vom 4. April 2013 (GVBl. I Nr. 10) außer Kraft.

(3) Sollte der Glücksspielstaatsvertrag 2021 nach seinem § 35 Absatz 1 Satz 2 oder Satz 3 gegenstandslos werden, tritt dieses Gesetz nicht in Kraft. Dies ist durch das für Inneres zuständige Ministerium im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I bekannt zu geben.

# **Landtag Brandenburg**

Hauptausschuss

## **Änderungsantrag**

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg“ – Drucksache 7/2981**

### **Der Hauptausschuss möge beschließen:**

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

I. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Eine Erlaubnis für den Betrieb einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle darf nicht für Räumlichkeiten erteilt werden, die nach ihrer Art, Lage, Beschaffenheit, Ausstattung und Einteilung den Zielen des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 entgegenstehen. Die Vermittlung von Lotterien außerhalb der in Satz 1 aufgeführten Räumlichkeiten durch den Veranstalter nach § 10 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und dessen Annahmestellen ist zulässig. Der Betrieb einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle ist unzulässig, wenn

1. sie als Vergnügungsstätte ausgestattet ist,
2. sie in unmittelbarer Nähe zu Vergnügungsstätten, insbesondere Gaststätten, Spielhallen und Spielbanken oder Anlagen für sportliche Zwecke belegen ist,
3. sie in unmittelbarer Nähe zu einer Einrichtung, die ihrer Art nach oder tatsächlich vorwiegend von Kindern und Jugendlichen besucht wird, belegen ist,
4. alkoholische Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle ausgeschenkt werden.“

b) In Absatz 6 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Der Eigenbetrieb von Annahmestellen durch den Veranstalter nach § 10 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 ist zulässig.“

2. § 6 wird wie folgt gefasst:

„§ 6  
**Sicherstellung des Jugendschutzes**

Das Veranstalten und das Vermitteln von öffentlichen Glücksspielen dürfen den Erfordernissen des Jugendschutzes nicht zuwiderlaufen. Die Teilnahme von Minderjährigen ist unzulässig. Dieser Sicherstellungspflicht haben die Veranstalterin und der Veranstalter, die Vermittlerin und der Vermittler jeweils für ihre Verantwortungssphäre zu genügen. Bei unmittelbar an die Spielteilnehmerin oder den Spielteilnehmer gerichteten Angeboten trifft die Veranstalterin und den Veranstalter, die Vermittlerin und den Vermittler diese Sicherstellungspflicht; beim Vertrieb öffentlicher Glücksspiele durch Annahmestellen oder Wettvermittlungsstellen hat die Veranstalterin oder der Veranstalter den Ausschluss der Teilnahme Jugendlicher im Rahmen der Organisations- und Direktionspflichten zu gewährleisten. Testkäufe oder Testspiele mit minderjährigen Personen durch die Glücksspielaufsichtsbehörde sind nur zulässig, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass die Veranstalterin, der Veranstalter, die Vermittlerin oder der Vermittler von öffentlichen Glücksspielen nicht alle angemessenen und zumutbaren Maßnahmen des Jugendschutzes ergriffen haben.“

3. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Die besonderen Gefahren des Online-Glücksspiels sind bei der Suchtprävention und Suchtberatung zur Vermeidung und Bekämpfung der Glücksspielsucht zu beachten.“

- II. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

- 1. In § 2 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „1 700“ durch „2 500“ ersetzt.
- 2. Dem § 11 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Abweichend von § 25 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 kann für am 1. Januar 2020 bestehende Spielhallen, die in einem baulichen Verbund mit weiteren Spielhallen stehen, für bis zu drei Spielhallen je Gebäude oder

Gebäudekomplex auf gemeinsamen Antrag der Betreiberinnen oder Betreiber eine Erlaubnis erteilt werden, wenn

1. mindestens alle Spielhallen von einer akkreditierten Prüforganisation zertifiziert worden sind und die Zertifizierung in regelmäßigen Abständen, mindestens alle zwei Jahre, wiederholt wird,
2. die Betreiber über einen aufgrund einer Unterrichtung mit Prüfung erworbenen Sachkundenachweis verfügen und
3. das Personal der Spielhallen besonders geschult wird.

Die Erlaubnis ist zu befristen. Sie kann bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 erteilt werden. Gegenstand der Zertifizierung nach Satz 1 Nummer 1 sind die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen, die Durchführung der Maßnahmen des Sozialkonzepts nach § 6 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und die besondere Schulung des Personals nach Satz 1 Nummer 3. Prüforganisationen sind zur Zertifizierung der Spielhallen berechtigt, wenn sie hinsichtlich der zur Beurteilung der in Satz 4 genannten Sachverhalte erforderlichen Sachkunde und ihrer organisatorischen, personellen und finanziellen Unabhängigkeit von Spielhallenbetreibern, Automatenaufstellern und deren Interessensverbänden bei der nationalen Akkreditierungsstelle gemäß ISO/IEC 17065 akkreditiert sind. Die Erlaubnis nach Satz 1 erlischt im Falle des Wechsels einer Betreiberin oder eines Betreibers für die betroffene Spielhalle unwiderruflich.

(4) Das für Gesundheit zuständige Mitglied der Landesregierung bestimmt mit Zustimmung der für Inneres sowie für Wirtschaft zuständigen Mitglieder der Landesregierung durch Rechtsverordnung das nähere Verfahren nach Absatz 3“

III. Artikel 3 Nummer 2 wird wie folgt geändert:

„2. § 2 wird wie folgt gefasst:

„Als Standort einer Spielbank können durch Erlaubnis des für Inneres zuständigen Ministeriums die Städte Landeshauptstadt Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus oder eine an diese Städte angrenzende Gemeinde oder eine Gemeinde bestimmt werden, die zum Gebiet eines an die genannten Städte angrenzenden Amtes gehört. Der Betrieb von Zweigstellen kann erlaubt werden. In Ausnahmefällen kann der temporäre Betrieb in Einrichtungen erlaubt werden. Näheres regelt eine Rechtsverordnung des für Inneres zuständigen Mitgliedes der Landesregierung, die im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Mitglied der Landesregierung erlassen wird.“

Begründung:

Artikel 1:

Zu 1.a)

Während § 21a Abs. 2 GlüStV 2021 ein Verbot des stationären Vertriebs und der Vermittlung von Sportwetten außerhalb der Wettvermittlungsstellen vorsieht, ist ein

solches Verbot für die Vermittlung von Lotterien im GlüStV 2021 nicht vorgesehen. Insofern können die Länder in diesem Bereich eigenständige Regelungen treffen.

Dem Veranstalter nach § 10 Abs. 2 GlüStV 2021 ist es nach Satz 2 beispielsweise gestattet, einen „Lotto-Bus“ im strukturschwachen ländlichen Raum zu betreiben oder „Lotto-Automaten“ aufzustellen oder „freie Losverkäufer“ (ggf. gekoppelt an eine Annahmestelle oder im Eigenbetrieb) einzusetzen. Damit kann der Veranstalter gerade in ländlichen Gebieten seinem Kanalisierungsauftrag in stärkerem Maße als bisher nachkommen.

Die Rechte der Veranstalter nach § 10 Abs. 3 und § 12 GlüStV 2021 bleiben von dieser Regelung unberührt.

Zu 1.b)

Dem Veranstalter wird die Möglichkeit eröffnet, durch den Eigenbetrieb von Annahmestellen den Vertrieb selbst zu organisieren. Damit wird eine höhere Flexibilität beim Veranstalter erreicht. Annahmestellen, die nach § 4 Abs. 1 Satz 3 BbgGlüAG im Eigenbetrieb bzw. Direktvertrieb betrieben werden, führen auf Grund der z.T. variablen örtlichen Aktivitäten (wie bisher) nicht zu einer Erhöhung der Gesamtanzahl der Annahmestellen nach diesem Absatz.

Die Rechte der Veranstalter nach § 10 Abs. 3 und § 12 GlüStV 2021 bleiben von dieser Regelung unberührt.

Zu 2.

Die vorgeschlagene Regelung stellt klar, dass Minderjährigen der Zugang zu Glücksspielangeboten konsequent zu verwehren ist. Daher ist auch der Einsatz von Kindern und Jugendlichen bei der Überprüfung dieses Verbot nur in sehr engen Grenzen möglich.

Zu 3.

Der neue Absatz 2 stellt klar, dass die besonderen Gefahren des online-Glücksspiels bei der Suchtprävention und Suchtberatung zur Vermeidung und Bekämpfung der Glücksspiel-sucht beachtet werden.

Artikel 2

Zu 1.

Eine Anpassung der Sätze ist aufgrund des gestiegenen Verwaltungsaufwandes angezeigt.

Zu 2.

Mit der Ergänzung des Artikels 2 § 11 soll von der Öffnungsklausel des § 29 Glücksspielstaatsvertrages Gebrauch gemacht werden. Für einen Übergangszeitraum bis zum 31.12.2025 kann für am 1. Januar 2020 bestehende Spielhallen, die in einem baulichen Verbund mit weiteren Spielhallen stehen, für bis zu drei Spielhallen je

Gebäude oder Gebäudekomplex auf gemeinsamen Antrag der Betreiberinnen oder Betreiber eine Erlaubnis erteilt werden. Hierzu müssen mindestens alle Spielhallen von einer akkreditierten Prüforganisation zertifiziert worden sein und die Zertifizierung in regelmäßigen Abständen, mindestens alle zwei Jahre, wiederholt werden. Zudem müssen die Betreiber über einen aufgrund einer Unterrichtung mit Prüfung erworbenen Sachkundenachweis verfügen. Ebenso muss das Personal der Spielhallen besonders geschult werden.

Das nähere Verfahren zu § 11 Absatz 3 soll durch Rechtsverordnung bestimmt werden.

### Artikel 3

Aufgrund der eingeschränkten Spielmöglichkeiten für das legale Angebot im Internet (max. Einsatz 1 €; Gesamtlimit 1.000 € je Monat) ist die Stärkung des terrestrischen staatlichen Angebotes erforderlich. Das terrestrische Angebot von Spielbanken kann daher um Zweigstellen erweitert werden, die einen zusätzlichen Beitrag zur Kanalisierung leisten.

Einrichtungen der Spielbank sind solche, in denen bei verstärkter Nachfrage bzw. Kapazitätsengpässen in der Spielbank oder im Rahmen von Promotion und größeren Veranstaltungen, beispielweise bei Pokerturnieren, zusätzlich zum Angebot in der Spielbank u.a. in einem Hotel, auf einem Fahrgastschiff oder ähnlichem temporär legales Glücksspiel angeboten und durchgeführt werden kann.



## **Landtag Brandenburg**

Hauptausschuss

Antrag

Fraktion DIE LINKE

zu TOP 4

der 24.Sitzung des Hauptausschusses am 9.6.2021

### **Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/2981 vom 11.02.2021**

#### **Abschließende Beratung (Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag)**

Der Hauptausschluss möge beschließen:

Der Gesetzentwurf wird geändert:

1. In Artikel 1 wird § 6 wie folgt gefasst:

„§ 6

#### **Sicherstellung des Jugendschutzes**

Das Veranstalten und das Vermitteln von öffentlichen Glücksspielen dürfen den Erfordernissen des Jugendschutzes nicht zuwiderlaufen. Die Teilnahme von Minderjährigen ist unzulässig. Dieser Sicherstellungspflicht haben die Veranstalterin und der Veranstalter, die Vermittlerin und der Vermittler jeweils für ihre Verantwortungssphäre zu genügen. Bei unmittelbar an die Spielteilnehmerin oder den Spielteilnehmer gerichteten Angeboten trifft die Veranstalterin und den Veranstalter, die Vermittlerin und den Vermittler diese Sicherstellungspflicht; beim Vertrieb öffentlicher Glücksspiele durch Annahmestellen oder Wettvermittlungsstellen hat die Veranstalterin oder der Veranstalter den Ausschluss der Teilnahme Jugendlicher im Rahmen der Organisations- und Direktionspflichten zu gewährleisten. Testkäufe oder Testspiele mit minderjährigen Personen durch die Glücksspielaufsichtsbehörde sind unzulässig.“

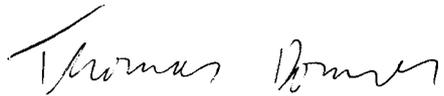
2. In Artikel 3 wird § 6 wie folgt gefasst:

„§ 6

#### **Spielerschutz und Sicherstellung des Jugendschutzes**

Bei jedem Betreten der Spielbank sowie vor jedem Zugangsversuch zum Online-Casino Angebot im Internet hat eine Identitäts- und Altersprüfung sowie ein Abgleich mit der Sperrdatei nach dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 zu erfolgen. Nur zuvor erfolgreich

registrierte Spielerinnen und Spieler dürfen Zugang zum Online-Casino Angebot erhalten. Gesperrte Spielerinnen und Spieler sowie Minderjährige dürfen die Spielbank nicht betreten; der Zugangsversuch zum Online-Casino Angebot im Internet ist abzubrechen. Gesperrte Spielerinnen und Spieler sind jeweils in geeigneter Form auf die bestehende Sperre hinzuweisen. Bei Minderjährigen sind erziehungsberechtigte Personen zu informieren.“

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Domres'. The signature is written in a cursive style with a large initial 'T'.

Thomas Domres

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
<b>Geszentwurf für ein</b>	<b>Geszentwurf für ein</b>
<b>Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg<sup>1)</sup></b>	<b>Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg<sup>1)</sup></b>
<b>Vom ...</b>	<b>Vom ...</b>
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:
<b>Artikel 1</b>	<b>Artikel 1</b>
<b>Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland im Land Brandenburg</b>	<b>Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland im Land Brandenburg</b>
<b>(Brandenburgisches Glücksspielausführungsgesetz – BbgGlüAG)</b>	<b>(Brandenburgisches Glücksspielausführungsgesetz – BbgGlüAG)</b>
<b>Abschnitt 1</b>	<b>Abschnitt 1</b>
<b>Allgemeine Vorschriften</b>	<b>Allgemeine Vorschriften</b>
<b>§ 1</b>	<b>§ 1</b>
<b>Anwendungsbereich</b>	<b>Anwendungsbereich</b>
Dieses Gesetz regelt die Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland im Land Brandenburg für öffentliche Lotterien, Ausspielungen und Wettvermittlungsstellen für Sportwetten.	Dieses Gesetz regelt die Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland <u>vom 29. Oktober 2020 (GVBl. I Nr. 6)</u> im Land Brandenburg für öffentliche Lotterien, Ausspielungen und Wettvermittlungsstellen für Sportwetten.

<sup>1)</sup> Notifiziert gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
§ 2	§ 2
<b>Organisationen und Umfang des staatlichen Glücksspielangebotes</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Das Land Brandenburg ist zur Erfüllung der ordnungsrechtlichen Aufgabe gemäß § 10 Absatz 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen, unbeschadet der Regelungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und des Abschnitts 4 dieses Gesetzes allein befugt, innerhalb seines Gebietes Glücksspiele zu veranstalten.</p>	
<p>(2) Das Land kann die ordnungsrechtliche Aufgabe, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen, durch die Veranstaltung von Lotterien und Auspielungen erfüllen. Das Land kann spielbanktypische Glücksspielangebote nach Maßgabe der Regelungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und des Spielbankgesetzes veranstalten.</p>	
<p>(3) Das Land kann die ordnungsrechtliche Aufgabe, Glücksspiele zu veranstalten, selbst, durch eine von allen Vertragsländern des Glücksspielstaatsvertrages 2021 gemeinsam geführte öffentliche Anstalt oder durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder privatrechtliche Gesellschaften, an denen das Land Brandenburg allein oder gemeinschaftlich mit den anderen Ländern beteiligt ist, erfüllen. Im Bereich der Klassenlotterien gilt § 10 Absatz 3 des Glücksspielstaatsvertrages 2021.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
§ 3	§ 3
<b>Erlaubnis</b>	<b>Erlaubnis</b>
<p>(1) Veranstalterinnen und Veranstalter von Glücksspielen, Annahmestellen, Wettvermittlungsstellen, Lotterieeeinnehmerinnen und Lotterieeeinnehmer und gewerbliche Spielvermittlerinnen und Spielvermittler bedürfen für die Veranstaltung und die Vermittlung von Glücksspielen der Erlaubnis. Die Erlaubnis zum Veranstellen und Vermitteln von Glücksspielen im Sinne des § 4 Absatz 1 Satz 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 darf nur erteilt werden, wenn</p>	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>1. die Ziele des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 nicht entgegenstehen,</p>	
<p>2. die Einhaltung der Regelungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021 sichergestellt ist,</p>	
<p>3. die Veranstalterin, der Veranstalter, die Vermittlerin oder der Vermittler zuverlässig ist, insbesondere die Gewähr dafür bietet, dass die Veranstaltung und die Vermittlung ordnungsgemäß und für die Spielteilnehmerinnen und die Spielteilnehmer nachvollziehbar durchgeführt werden,</p>	
<p>4. bei der Einführung neuer Glücksspielangebote und bei der Einführung neuer oder der erheblichen Erweiterung bestehender Vertriebswege den Anforderungen des § 9 Absatz 5 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 genügt ist.</p>	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
(2) Die Erlaubnis für das Vermitteln öffentlicher Glücksspiele setzt eine Erlaubnis für die Veranstaltung dieser Glücksspiele durch die zuständigen Behörden des Landes Brandenburg oder durch die nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 zuständige Behörde voraus.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) In der Erlaubnis sind neben den Regelungen nach § 9 Absatz 4 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 festzulegen:	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. die Veranstalterin, der Veranstalter, die Vermittlerin oder der Vermittler einschließlich eingeschalteter dritter Personen,	
2. das veranstaltete oder vermittelte Glücksspiel,	
3. die Form des Vertriebs,	
4. Art, Ort oder Gebiet sowie Beginn und Dauer der Veranstaltung oder Vermittlung,	
5. bei Lotterieveranstaltungen der Spielplan,	
6. bei Vermittlungen die Veranstalterin oder der Veranstalter, an den zu vermitteln ist.	
(4) Der Erlaubnis bedürfen auch die Teilnahmebedingungen. In den Teilnahmebedingungen sind insbesondere Bestimmungen zu treffen über die	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. Voraussetzungen, unter denen ein Spiel- oder Wettvertrag zustande kommt,	
2. Gewinnpläne und Ausschüttungsquoten,	
3. Kosten für die Teilnahme an einem Glücksspiel,	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
4. Frist, innerhalb der ein Gewinnanspruch geltend gemacht werden kann,	
5. Bekanntmachung der Gewinnentscheide und der Auszahlung der Gewinne und	
6. Verwendung der Gewinne, auf die ein Anspruch nicht fristgerecht geltend gemacht worden ist.	
Die Erlaubnis kann bestimmen, dass die Ziehung	
1. unter Aufsicht der Erlaubnisbehörde stattfindet oder	
2. unter Aufsicht einer Notarin oder eines Notars oder einer von der Erlaubnisbehörde bestimmten Vertrauensperson stattfindet und die Veranstalterin oder der Veranstalter ein Protokoll über die Ziehung bei der zuständigen Behörde einreicht.	
<p>(5) In der Erlaubnis zum Veranstalten eines öffentlichen Glücksspiels wird die Veranstalterin oder der Veranstalter von Glücksspielen im Land Brandenburg nach § 2 Absatz 3 zur Zahlung einer Glücksspielabgabe an das Land Brandenburg oder zur zweckentsprechenden Verwendung des Ertrages verpflichtet. Die Glücksspielabgabe beträgt 12,5 Prozent bei Sofortlotterien, im Übrigen 20 Prozent der Spieleinsätze. Das für Inneres zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium eine abweichende Glücksspielabgabe im Erlaubnisbescheid festlegen. Die Glücksspielabgabe wird im Landeshaushalt vereinnahmt; ein angemessener Anteil des Aufkommens dient der Finanzierung der Suchtprävention, <u>Suchtberatung</u> und gemeinnützigen Zwecken.</p>	<p>(5) In der Erlaubnis zum Veranstalten eines öffentlichen Glücksspiels wird die Veranstalterin oder der Veranstalter von Glücksspielen im Land Brandenburg nach § 2 Absatz 3 zur Zahlung einer Glücksspielabgabe an das Land Brandenburg oder zur zweckentsprechenden Verwendung des Ertrages verpflichtet. Die Glücksspielabgabe beträgt 12,5 Prozent bei Sofortlotterien, im Übrigen 20 Prozent der Spieleinsätze. Das für Inneres zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium eine abweichende Glücksspielabgabe im Erlaubnisbescheid festlegen. Die Glücksspielabgabe wird im Landeshaushalt vereinnahmt; ein angemessener Anteil des Aufkommens dient der Finanzierung der Suchtprävention, <u>Suchtberatung</u> und gemeinnützigen Zwecken.</p>

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
(6) Die Absätze 1 bis 5 finden bei länder einheitlichen Verfahren nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 keine Anwendung.	(6) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 4	§ 4
<b>Annahmestellen, Wettvermittlungsstellen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Eine Erlaubnis für den Betrieb einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle darf nicht für Räumlichkeiten erteilt werden, die nach ihrer Art, Lage, Beschaffenheit, Ausstattung und Einteilung den Zielen des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 entgegenstehen. Der Betrieb einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle ist unzulässig, wenn	
1. sie als Vergnügungsstätte ausgestaltet ist,	
2. sie in unmittelbarer Nähe zu Vergnügungsstätten, insbesondere Gaststätten, Spielhallen und Spielbanken oder Anlagen für sportliche Zwecke belegen ist,	
3. sie in oder in unmittelbarer Nähe zu einer Einrichtung, die ihrer Art nach oder tatsächlich vorwiegend von Kindern und Jugendlichen besucht wird, belegen ist,	
4. alkoholische Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle ausgeschrieben werden.	
(2) Der Betrieb einer Wettvermittlungsstelle ist weiter unzulässig, wenn der Abstand zu einer anderen Wettvermittlungsstelle 500 Meter Luftlinie unterschreitet. Eine Wettvermittlungsstelle darf von außen nicht einsehbar sein.	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
<p>(3) Von der äußeren Gestaltung der Wettvermittlungsstelle und in ihrer unmittelbaren Nähe darf keine Werbung für den Wettbetrieb oder die in der Wettvermittlungsstelle angebotenen Wetten ausgehen oder durch eine besonders auffällige Gestaltung ein zusätzlicher Anreiz für den Wettbetrieb geschaffen werden.</p>	
<p>(4) Die Anzahl der Annahmestellen im Sinne des § 3 Absatz 5 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 wird auf 720 Annahmestellen im Land Brandenburg begrenzt.</p>	
<p>(5) Eine Erlaubnis zum Betreiben einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle darf nicht erteilt werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Betreiberin oder der Betreiber die für diese Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.</p>	
<p>(6) Der Antrag auf Erlaubnis zum Betreiben einer Annahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle kann nur von der Veranstalterin oder dem Veranstalter gestellt werden.</p>	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
§ 5	§ 5
<b>Gewerbliche Spielvermittlung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Wer im Land Brandenburg öffentliche Glücksspiele gewerblich vermitteln will, bedarf unbeschadet sonstiger Anzeigepflichten einer Erlaubnis nach § 3 oder einer Erlaubnis der nach § 19 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 zuständigen Behörde. Die Vermittlung darf nur an die Veranstalterinnen oder Veranstalter erfolgen, die über eine Veranstaltererlaubnis der zuständigen Behörde des Landes Brandenburg oder der nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 zuständigen Behörde verfügen.</p>	
<p>(2) Gewerbliche Spielvermittlung in örtlichen Geschäftslokalen ist unzulässig.</p>	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
<b>Abschnitt 2</b>	<b>Abschnitt 2</b>
<b>Jugendschutz, Suchtprävention, Suchtberatung und Suchtforschung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 6	
<b>Sicherstellung des Jugendschutzes</b>	
<p>Die Veranstalterin, der Veranstalter, die Vermittlerin und der Vermittler von öffentlichen Glücksspielen haben nach § 4 Absatz 3 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 sicherzustellen, dass Minderjährige von der Teilnahme ausgeschlossen sind. Dieser Sicherstellungspflicht haben sie jeweils für ihre Verantwortungssphäre zu genügen. Bei unmittelbar an die Spielteilnehmerin oder den Spielteilnehmer gerichteten Angeboten trifft die Veranstalterin und den Veranstalter, die Vermittlerin und den Vermittler diese Sicherstellungspflicht; beim Vertrieb öffentlicher Glücksspiele durch Annahmestellen oder Wettvermittlungsstellen hat die Veranstalterin oder der Veranstalter den Ausschluss der Teilnahme Jugendlicher im Rahmen der Organisations- und Direktionspflichten zu gewährleisten.</p>	
§ 7	
<b>Suchtprävention und Suchtberatung</b>	
<p>Das Land beteiligt sich an der Finanzierung von Suchtprävention und Suchtberatung zur Vermeidung und Bekämpfung der Glücksspielsucht.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
§ 8	
<b>Suchtforschung</b>	
(1) Das Land finanziert Projekte zur Erforschung der Glücksspielsucht. Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann das Land mit anderen Ländern gemeinsame Projekte fördern.	
(2) Veranstalter von Glücksspielen im Land Brandenburg nach § 2 Absatz 3 sind berechtigt und auf Verlangen der Glücksspielaufsichtsbehörde auch verpflichtet, Daten im Sinne des § 23 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 in anonymisierter Form für Zwecke der Glückspielforschung zur Verfügung zu stellen.	
<b>Abschnitt 3</b>	<b>Abschnitt 3</b>
<b>Lotterien und Auspielungen mit geringerem Gefährdungspotenzial und kleine Lotterien und Auspielungen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 9	
<b>Lotterien und Auspielungen mit geringerem Gefährdungspotential</b>	
Bei Lotterien und Auspielungen mit geringerem Gefährdungspotential richten sich die Erteilung sowie Form und Inhalt der Erlaubnis nach den §§ 12 bis 17 des Glücksspielstaatsvertrages 2021.	
§ 10	
<b>Kleine Lotterien und Auspielungen</b>	
(1) Die Erlaubnis für die Veranstaltung einer kleinen Lotterie oder Auspielung kann für solche Veranstaltungen allgemein erteilt werden,	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
1. bei denen die Summe der zu entrichtenden Entgelte den Betrag von 40 000 Euro nicht übersteigt und	
2. bei denen der Losverkauf die Dauer von drei Monaten nicht überschreitet.	
Die allgemeine Erlaubnis nach Satz 1 kann abweichend von den §§ 4 bis 8, 12 Absatz 1, §§ 13, 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, §§ 15 bis 17 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 erteilt werden. Der Reinertrag und die Gewinnsumme müssen jeweils mindestens ein Drittel der Entgelte betragen.	
(2) In der allgemeinen Erlaubnis ist zu bestimmen, dass bei den Veranstaltungen, bei denen Lose ausgegeben werden sollen, die den sofortigen Gewinnentscheid enthalten, Prämien- oder Schlussziehungen nicht vorgesehen werden dürfen.	
(3) Die allgemeine Erlaubnis ist zu befristen. Sie begründet die Pflicht, die vorgesehene Veranstaltung mindestens zwei Wochen vor Beginn der zuständigen Behörde und dem für den Veranstalter zuständigen Finanzamt schriftlich anzuzeigen.	
§ 11	
<b>Maßnahmen bei kleinen Lotterien und Ausspielungen</b>	
(1) Für kleine Lotterien und Ausspielungen können von der zuständigen Ordnungsbehörde im Einzelfall Auflagen erlassen werden.	
(2) Im Einzelfall kann eine kleine Lotterie oder Ausspielung untersagt werden, wenn	

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
1. gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder gegen den Glücksspielstaatsvertrag 2021 oder gegen wesentliche Bestimmungen der allgemeinen Erlaubnis verstoßen wird,	
2. die Gefahr besteht, dass durch die Verwendung des Reinertrages die öffentliche Sicherheit oder Ordnung verletzt wird, oder	
3. keine Gewähr für die ordnungsgemäße Durchführung der kleinen Lotterie oder Ausspielung oder für die zweckentsprechende Verwendung des Reinertrages gegeben ist.	
<b>Abschnitt 4</b>	<b>Abschnitt 4</b>
<b>Glücksspielaufsicht</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 12	
<b>Erlaubnisbehörden</b>	
(1) Zuständig für die Erteilung einer Erlaubnis zur Veranstaltung eines Glücksspiels sind	
1. die amtsfreien Gemeinden, die kreisfreien Städte, die Ämter, die Verbandsgemeinden, die mitverwaltenden Gemeinden und die mitverwalteten Gemeinden als örtliche Ordnungsbehörden, wenn die Veranstaltung innerhalb der Gebietsgrenzen dieser Körperschaften stattfindet,	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
2. die Landkreise als Kreisordnungsbehörden, wenn die Veranstaltung in mehreren kreisangehörigen amtsfreien Gemeinden, Ämtern, Verbandsgemeinden, mitverwaltenden Gemeinden oder mitverwalteten Gemeinden stattfindet,	
3. das für Inneres zuständige Ministerium, wenn die Veranstaltung in mehreren Landkreisen oder kreisfreien Städten stattfindet,	
4. das für Inneres zuständige Ministerium, wenn die Veranstaltung landesweit oder in mehreren Ländern stattfindet.	
(2) Zuständig für alle anderen Veranstaltungen und für die allgemeine Erlaubnis nach § 10 ist das für Inneres zuständige Ministerium.	
(3) Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis für Annahmestellen, Wettvermittlungsstellen, Lotterieeeinnehmerinnen, Lotterieeeinnehmer, gewerbliche Spielvermittlerinnen und gewerbliche Spielervermittler ist das für Inneres zuständige Ministerium.	
(4) Absatz 1 Nummer 4, Absatz 2 erster Halbsatz und Absatz 3 für Lotterieeeinnehmerinnen, Lotterieeeinnehmer, gewerbliche Spielvermittlerinnen und gewerbliche Spielervermittler finden bei Erlaubnissen nach dem ländereinheitlichen Verfahren nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und nach dem Verfahren nach § 19 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 keine Anwendung.	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
§ 13	
<b>Glücksspielaufsichtsbehörden</b>	
<p>(1) Für Maßnahmen gegen unerlaubte Glücksspiele, die innerhalb der Gebietsgrenzen einer amtsfreien Gemeinde, einer kreisfreien Stadt, eines Amtes, einer Verbandsgemeinde, einer mitverwaltenden Gemeinde oder einer mitverwalteten Gemeinde veranstaltet oder vermittelt werden, sowie die Werbung hierfür, sind die örtlichen Ordnungsbehörden zuständig. Dies gilt auch für unerlaubte Glücksspiele im Internet, die in örtlichen Geschäftslokalen angeboten werden. Für Maßnahmen gegen unerlaubte Glücksspiele, die in mehreren kreisangehörigen amtsfreien Gemeinden, Ämtern, Verbandsgemeinden, mitverwaltenden Gemeinden oder mitverwalteten Gemeinden veranstaltet oder vermittelt werden, sowie die Werbung hierfür, sind die Kreisordnungsbehörden zuständig.</p>	
<p>(2) Die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung erlaubter Glücksspiele nehmen die Behörden wahr, die die Erlaubnis erteilt haben. Wird das Glücksspiel aufgrund einer allgemeinen Erlaubnis nach § 10 veranstaltet, gilt Satz 1 entsprechend.</p>	
<p>(3) Ist eine örtliche Ordnungsbehörde oder eine Kreisordnungsbehörde nicht zuständig, liegt die Zuständigkeit bei dem für Inneres zuständigen Ministerium.</p>	
<p>(4) Absatz 3 findet bei Aufsichtsmaßnahmen nach dem ländereinheitlichen Verfahren nach § 9a des Glücksspielstaatsvertrages 2021 und nach dem Verfahren nach § 19 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 keine Anwendung.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
<b>Abschnitt 5</b>	<b>Abschnitt 5</b>
<b>Schlussbestimmungen</b>	<b>Schlussbestimmungen</b>
§ 14	§ 14
<b>Ordnungswidrigkeiten</b>	<b>Ordnungswidrigkeiten</b>
(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. entgegen § 4 Absatz 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 ohne Erlaubnis ein Glücksspiel veranstaltet oder vermittelt,	
2. entgegen § 4 Absatz 3 Satz 2 und 3 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 Minderjährige an Glücksspielen teilnehmen lässt,	
3. entgegen § 5 Absatz 7 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 für unerlaubte Glücksspiele wirbt,	
4. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 die erforderlichen Auskünfte nicht oder nicht vollständig erteilt oder verlangte Unterlagen und Nachweise nicht vorlegt oder das Betreten der Geschäftsräume und -grundstücke verwehrt,	
5. entgegen § 10 Absatz 1 eine kleine Lotterie veranstaltet oder eine gemäß § 11 Absatz 2 untersagte Veranstaltung durchführt,	
6. entgegen § 10 Absatz 3 die Veranstaltung einer kleinen Lotterie den zuständigen Behörden nicht oder nicht rechtzeitig schriftlich anzeigt oder gegen erteilte Auflagen (§ 11 Absatz 1) verstößt,	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
7. gegen Bestimmungen oder Nebenbestimmungen einer behördlichen Erlaubnis verstößt,	
8. entgegen § 19 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 als gewerbliche Spielvermittlerin oder gewerblicher Spielvermittler die für diese Tätigkeit geltenden Anforderungen nicht erfüllt, insbesondere der bestellten Treuhänderin oder dem bestellten Treuhänder die Spielunterlagen, die zur Führung der Geschäfte erforderlichen Unterlagen, die der Durchführung der Veranstaltung dienenden Gegenstände oder den Spielertrag ganz oder teilweise nicht herausgibt, die erforderlichen Auskünfte nicht oder nicht vollständig erteilt oder die zur einstweiligen Fortführung der Veranstaltung erforderlichen Dienstleistungen oder das hierfür erforderliche Personal nicht zur Verfügung stellt sowie nicht mindestens zwei Drittel der vereinnahmten Beträge an die Veranstalterin oder den Veranstalter gemäß § 2 Absatz 3 weiterleitet,	
9. gesperrte Spielerinnen oder gesperrte Spieler an Glücksspielen ohne die erforderliche Identitätskontrolle teilnehmen lässt.	
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 500 000 Euro geahndet werden.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Ist eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 begangen worden, so können die Gegenstände,	(3) Ist eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 begangen worden, so können die Gegenstände,
1. auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht oder	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
2. die durch sie hervorgebracht oder zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind, eingezogen werden.	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
Gleiches gilt für die durch die Ordnungswidrigkeit gewonnenen oder erlangten Gelder. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 185 der Verordnung vom <u>19. Juni 2020</u> (BGBl. I S. <u>1328, 1350</u> ) geändert worden ist, ist anzuwenden. Der eingezogene Reinertrag ist dem in § 8 Absatz 1 genannten Zweck zuzuführen.	Gleiches gilt für die durch die Ordnungswidrigkeit gewonnenen oder erlangten Gelder. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel <u>9a des Gesetzes vom 30. März 2021</u> (BGBl. I S. <u>448, 458</u> ) geändert worden ist, ist anzuwenden. Der eingezogene Reinertrag ist dem in § 8 Absatz 1 genannten Zweck zuzuführen.
(4) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Behörde. Sachlich zuständig für die Verfolgung und Ahndung unerlaubter Glücksspiele und der Werbung hierfür ist die Ordnungsbehörde nach § 5 des Ordnungsbüroengesetzes; im Übrigen ist das für Inneres zuständige Ministerium zuständig.	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 15	§ 15
<b>Einschränkung von Grundrechten</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Durch dieses Gesetz wird das Grundrecht der Berufsfreiheit (Artikel 49 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) eingeschränkt.	
<b>Artikel 2</b>	<b>Artikel 2</b>
<b>Brandenburgisches Spielhallenge- setz</b>	<b>Brandenburgisches Spielhallenge- setz</b>
<b>(BbgSpielhG)</b>	<b>(BbgSpielhG)</b>

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
§ 1	§ 1
<b>Anwendungsbereich</b>	<b>Anwendungsbereich</b>
<p>(1) Dieses Gesetz regelt die sich aus dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 ergebenden Vorgaben an die Zulassung und den Betrieb von Spielhallen. Ziel ist es, den Bestand von Spielhallen zu begrenzen und ihr Erscheinungsbild so zu regeln, dass keine zusätzlichen Anreize von ihnen ausgehen, Spielerinnen und Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel angehalten werden und der Entstehung von Glücksspielsucht vorgebeugt wird. Ergänzend gelten die nach § 2 Absatz 3 Glücksspielstaatsvertrag 2021 anwendbaren Vorschriften.</p>	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(2) Eine Spielhalle im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen oder Teil eines Unternehmens, das ausschließlich oder überwiegend der Aufstellung von Spielgeräten im Sinne des § 33c Absatz 1 Satz 1 der Gewerbeordnung oder der Veranstaltung anderer Spiele im Sinne des § 33d Absatz 1 Satz 1 der Gewerbeordnung dient.</p>	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(3) Für Gaststätten (Schank- und Speisewirtschaften und Beherbergungsbetriebe) und Wettannahmestellen der Buchmacher gelten, soweit sie Geld- oder Warenspielgeräte mit Gewinnmöglichkeit bereithalten, die nach § 2 Absatz 4 <u>Glücksspielstaatsvertrag</u> 2021 anwendbaren Vorschriften sowie § 4 Absatz 3 und 4 hinsichtlich der Geld- und Warenspielgeräte entsprechend.</p>	<p>(3) Für Gaststätten (Schank- und Speisewirtschaften und Beherbergungsbetriebe) und Wettannahmestellen der Buchmacher gelten, soweit sie Geld- oder Warenspielgeräte mit Gewinnmöglichkeit bereithalten, die nach § 2 Absatz 4 <u>des Glücksspielstaatsvertrages</u> 2021 anwendbaren Vorschriften sowie § 4 Absatz 3 und 4 <u>des Glücksspielstaatsvertrages</u> 2021 hinsichtlich der Geld- und Warenspielgeräte entsprechend.</p>

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
§ 2	§ 2
<b>Erlaubnis</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle bedarf unbeschadet sonstiger Genehmigungserfordernisse für die Errichtung und den Betrieb einer Spielhalle einer Erlaubnis nach diesem Gesetz. Insbesondere finden die Gewerbeordnung einschließlich der sich hieraus ergebenden gesonderten Genehmigungserfordernisse und die Spielverordnung sowie die auf diesen Rechtsgrundlagen erlassenen Vorschriften in der jeweils geltenden Fassung weiterhin Anwendung, soweit nicht in diesem Gesetz abweichende Bestimmungen enthalten sind.</p>	
<p>(2) Die Erlaubnis nach Absatz 1 ist zu versagen, wenn</p>	
<p>1. ein Sozialkonzept gemäß § 5 nicht vorgelegt wird,</p>	
<p>2. die Errichtung der Spielhalle den Beschränkungen des § 3 widerspricht oder</p>	
<p>3. die Errichtung und der Betrieb der Spielhalle den Anforderungen des § 4 zuwiderlaufen würde.</p>	
<p>(3) Die Erlaubnis ist auf maximal 15 Jahre zu befristen und unter dem Vorbehalt des Widerrufs zu erteilen. Für die Erlaubnis ist eine Gebühr in Höhe von 1 700 Euro zu entrichten. Mit der Gebühr sind alle Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Erteilung der Erlaubnis und der Überwachung abgegolten. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Gebührengesetzes für das Land Brandenburg. Die Erlaubnis kann auch nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden.</p>	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
(4) Die Erlaubnis kann unbeschadet der Widerrufsgünde nach § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg auch widerrufen werden, wenn	
1. nachträglich Tatsachen eintreten, die eine Versagung der Erlaubnis nach Absatz 2 rechtfertigen würden, oder	
2. die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle in schwerwiegender Weise gegen Verpflichtungen verstößt, die ihm nach diesem Gesetz sowie der erteilten Erlaubnis obliegen.	
(5) Die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle ist verpflichtet, jede Änderung der für die Erlaubniserteilung maßgeblichen Tatsachen der zuständigen Erlaubnisbehörde unverzüglich anzuzeigen.	
(6) Die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle hat den Beauftragten der zuständigen Erlaubnisbehörde auf Verlangen die für die Überwachung des Geschäftsbetriebs erforderlichen mündlichen und schriftlichen Auskünfte unentgeltlich zu erteilen. Die Beauftragten sind befugt, zum Zwecke der Überwachung Grundstücke und Geschäftsräume der Betreiberin oder des Betreibers einer Spielhalle während der üblichen Geschäftszeit zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen, sich Unterlagen vorlegen zu lassen, soweit diese zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlich sind, und in diese Einsicht zu nehmen.	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
§ 3	§ 3
<b>Beschränkungen von Spielhallen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Zwischen Spielhallen ist ein Mindestabstand von 500 Metern Luftlinie einzuhalten.	
(2) Die Erteilung einer Erlaubnis für eine Spielhalle, die in einem baulichen Verbund mit einer oder weiteren Spielhallen, insbesondere in einem gemeinsamen Gebäude oder Gebäudekomplex, untergebracht ist, ist ausgeschlossen.	
(3) Der Betrieb einer Spielhalle in unmittelbarer Nähe zu einer Lottoannahmestelle oder einer Wettvermittlungsstelle läuft den Zielen des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 zuwider und ist unzulässig.	
§ 4	§ 4
<b>Anforderungen an die Ausgestaltung und den Betrieb von Spielhallen</b>	<b>Anforderungen an die Ausgestaltung und den Betrieb von Spielhallen</b>
(1) Als Bezeichnung des Unternehmens ist lediglich das Wort „Spielhalle“ zulässig.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Eine Spielhalle darf von außen nicht einsehbar sein.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Von der äußeren Gestaltung der Spielhalle und in ihrer unmittelbaren Nähe darf keine Werbung für den Spielbetrieb oder die in der Spielhalle angebotenen Spiele ausgehen oder durch eine besonders auffällige Gestaltung ein zusätzlicher Anreiz für den Spielbetrieb geschaffen werden.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
(4) Die Sperrzeit für Spielhallen beginnt um 3 Uhr und endet um 9 Uhr. Außerdem ist am Karfreitag von 0 Uhr bis Kar Samstag 9 Uhr, am Volkstrauertag und am Totensonntag von 3 Uhr bis zum nächsten Tag 9 Uhr und am Vortag des 1. Weihnachtsfeiertages (Heiliger Abend) von 13 Uhr bis zum 1. Weihnachtsfeiertag 9 Uhr das Spielen verboten.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die unentgeltliche Abgabe von Speisen und Getränken ist in Spielhallen verboten.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle ist verpflichtet, die Spielerinnen und Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel anzuhalten, den Jugend- und Spielerschutz sicherzustellen und der Entstehung von Spielsucht vorzubeugen. Zu diesem Zweck hat sie oder er insbesondere:	(6) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle ist verpflichtet, die Spielerinnen und Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel anzuhalten, den Jugend- und Spielerschutz sicherzustellen und der Entstehung von Spielsucht vorzubeugen. Zu diesem Zweck hat sie oder er insbesondere
1. sicherzustellen, dass Minderjährige keinen Zutritt zur Spielhalle haben,	1. u n v e r ä n d e r t
2. ein Sozialkonzept gemäß § 5 zu entwickeln und umzusetzen,	2. u n v e r ä n d e r t
3. Spielerinnen und Spieler sowohl vor Spielbeginn als auch während des Aufenthaltes in der Spielhalle gemäß § 6 aufzuklären,	3. u n v e r ä n d e r t
4. sicherzustellen, dass in der Spielhalle stets eine Aufsichtsperson anwesend ist, die die Einhaltung der Vorgaben dieses Gesetzes überwacht,	4. u n v e r ä n d e r t
5. sicherzustellen, dass das Personal der Spielhalle vom Spiel ausgeschlossen ist und	5. u n v e r ä n d e r t
6. sicherzustellen, dass die Vergütung des Personals nicht in Abhängigkeit vom Umsatz berechnet wird.	6. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
§ 5	§ 5
<b>Sozialkonzept</b>	<b>Sozialkonzept</b>
(1) In dem Sozialkonzept ist darzulegen, mit welchen Maßnahmen den sozialschädlichen Auswirkungen des Glücksspiels vorgebeugt werden soll und wie diese behoben werden sollen. Das Sozialkonzept muss mindestens folgenden Inhalt haben:	(1) In dem Sozialkonzept ist darzulegen, mit welchen Maßnahmen den sozialschädlichen Auswirkungen des Glücksspiels vorgebeugt werden soll und wie diese behoben werden sollen. Das Sozialkonzept muss mindestens folgenden Inhalt haben:
1. Benennung der oder des Beauftragten für das Sozialkonzept bei der Erlaubnisinhaberin oder dem Erlaubnisinhaber sowie zusätzlich die Benennung einer verantwortlichen Person vor Ort;	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. Berücksichtigung der Anliegen nach § 4 Absatz 6 Satz 1 in der internen Unternehmenskommunikation, bei der Werbung sowie beim Sponsoring;	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. <u>Regelmäßige</u> Personalschulungen für das Aufsichtspersonal der Spielhalle, für die Erlaubnisinhaberin oder den Erlaubnisinhaber sowie für die Beauftragten nach Nummer 1 unter Einbindung suchtfachlich sowie pädagogisch qualifizierter Dritter mit folgenden Mindestinhalten:	3. <u>regelmäßige</u> Personalschulungen für das Aufsichtspersonal der Spielhalle, für die Erlaubnisinhaberin oder den Erlaubnisinhaber sowie für die Beauftragten nach Nummer 1 unter Einbindung suchtfachlich sowie pädagogisch qualifizierter Dritter mit folgenden Mindestinhalten:
a) Rechtsgrundlagen zum Jugend- und Spielerschutz,	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) Kenntnisse zur Glücksspielsucht einschließlich anbieterunabhängiger Hilfeangebote und	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
c) Vermittlung von Handlungskompetenzen insbesondere in der Früherkennung auffälligen Spielverhaltens und Kommunikation mit Spielern;	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
4. Umsetzung des Jugendschutzes und der Identitätskontrolle einschließlich des Abgleichs mit der Sperrdatei;	4. un verändert
5. Aufklärung nach § 6 einschließlich des Verweises auf die Telefonberatung mit bundesweit einheitlicher Telefonnummer und der Bereitstellung von Informationen mit folgenden Mindestinhalten:	5. un verändert
a) Suchtrisiko und mögliche negative Folgen,	
b) Teilnahmeverbot Minderjähriger,	
c) Hinweise zu verantwortungsbewusstem Spielverhalten,	
d) Möglichkeit der Einschätzung des eigenen Spielverhaltens und der persönlichen Gefährdung,	
e) Hinweise zu anbieterunabhängigen Hilfeangeboten und	
f) Sperrverfahren;	
6. Früherkennung unter Einbeziehung suchtwissenschaftlicher Erkenntnisse;	6. un verändert
7. Frühintervention und Information über regionale Suchtberatungsstellen sowie andere anbieterunabhängige Hilfeangebote;	7. un verändert
8. Umsetzung der Sperrverfahren mit Selbst- und Fremdsperren;	8. un verändert

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
9. kontinuierliche Dokumentation der durchgeführten Maßnahmen zum Zweck von Rückschlüssen auf die Auswirkungen des angebotenen Glücksspiels, auf das Spielverhalten und auf die Entstehung von Glücksspielsucht sowie zur Beurteilung des Erfolgs der durchgeführten Maßnahmen zum Jugend- und Spielerschutz;	9. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
10. Berichterstattung unter Zugrundelegung der Dokumentation nach Nummer 9 alle zwei Jahre gegenüber der zuständigen Behörde.	10. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Das für Gesundheit zuständige Mitglied der Landesregierung bestimmt mit Zustimmung der für Inneres sowie für Wirtschaft zuständigen Mitglieder der Landesregierung durch Rechtsverordnung das Nähere über Inhalt und Form des Sozialkonzepts nach Absatz 1, die Häufigkeit von Schulungen nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 3, über die Anerkennung der Schulungsangebote nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 sowie die zuständige Behörde nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 10.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 6	§ 6
<b>Aufklärung</b>	<b>Aufklärung</b>
(1) Die Erlaubnisinhaberin oder der Erlaubnisinhaber hat den Spielerinnen und Spielern vor der Spielteilnahme spielrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen, sowie über die Suchtrisiken der angebotenen Glücksspiele, das Verbot der Teilnahme Minderjähriger und Möglichkeiten der Beratung und Therapie aufzuklären. Als spielrelevante Informationen kommen insbesondere in Betracht:	(1) Die Erlaubnisinhaberin oder der Erlaubnisinhaber hat den Spielerinnen und Spielern vor der Spielteilnahme spielrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen sowie über die Suchtrisiken der angebotenen Glücksspiele, das Verbot der Teilnahme Minderjähriger und Möglichkeiten der Beratung und Therapie aufzuklären. Als spielrelevante Informationen kommen insbesondere in Betracht:

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
1. alle Kosten, die mit der Teilnahme veranlasst sind,	1. un verändert
2. die Höhe aller Gewinne,	2. un verändert
3. wann und wo alle Gewinne veröffentlicht werden,	3. un verändert
4. der Prozentsatz der Auszahlung für Gewinne vom Einsatz (Auszahlungsquote),	4. un verändert
5. Informationen zu den Gewinn- und Verlustwahrscheinlichkeiten,	5. un verändert
6. Annahmeschluss der Teilnahme,	6. un verändert
7. das Verfahren, nach dem der Gewinner ermittelt wird, insbesondere die Information über den Zufallsmechanismus, der der Generierung der zufallsabhängigen Spielergebnisse <u>zu Grunde</u> liegt,	7. das Verfahren, nach dem der Gewinner ermittelt wird, insbesondere die Information über den Zufallsmechanismus, der der Generierung der zufallsabhängigen Spielergebnisse <u>zugrunde</u> liegt,
8. wie die Gewinne zwischen den Gewinnern aufgeteilt werden,	8. un verändert
9. die Ausschlussfrist, bis wann Gewinner Anspruch auf ihren Gewinn erheben müssen,	9. un verändert
10. der Name der Erlaubnisinhaberin oder des Erlaubnisinhabers sowie seine Kontaktdaten (Anschrift, E-Mail, Telefon),	10. un verändert
11. soweit vorhanden, die Handelsregisternummer,	11. un verändert
12. wie der Spieler Beschwerden vorbringen kann und	12. un verändert
13. das Datum der ausgestellten Erlaubnis.	13. un verändert

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
Informationen über Höchstgewinne sind mit der Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit von Gewinn und Verlust zu verbinden. Spielerinnen oder Spieler und Behörden müssen leichten Zugang zu diesen Informationen haben.	Informationen über Höchstgewinne sind mit der Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit von Gewinn und Verlust zu verbinden. Spielerinnen oder Spieler und Behörden müssen leichten Zugang zu diesen Informationen haben.
(2) Spielscheine, Spielquittungen und vergleichbare Bescheinigungen müssen Hinweise auf die von dem jeweiligen Glücksspiel ausgehende Suchtgefahr und Hilfsmöglichkeiten enthalten.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 7	§ 7
<b>Spielersperre</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle ist verpflichtet, spielwillige Personen durch Kontrolle eines amtlichen Ausweises oder eine vergleichbare Identitätskontrolle zu identifizieren und einen Abgleich mit der Sperrdatei nach § 23 des Glücksspielstaatsvertrages 2021 durchzuführen. Sie oder er hat sicherzustellen, dass gesperrte Spielerinnen und Spieler nicht an Glücksspielen in der Spielhalle teilnehmen. Der Abgleich ist bei jedem Betreten der Spielhalle und im Übrigen vor dem ersten Spiel während eines Aufenthaltes in der Spielhalle vorzunehmen.	
(2) Die Betreiberin oder der Betreiber sowie das Personal der Spielhalle dürfen nicht auf gesperrte Spielerinnen und Spieler einwirken, einen Antrag auf Entsperrung zu stellen. Spielerinnen und Spielern, deren Spielersperre aufgehoben worden ist, dürfen keine Vorteile wie Boni oder Rabatte gewährt werden.	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
(3) Der Anschluss an das Sperrsystem und die Nutzung des Sperrsystems ist für die Betreiberin oder den Betreiber der Spielhalle kostenpflichtig. Das Stellen eines Sperrantrages oder eines Antrages auf Beendigung der Sperre ist kostenfrei.	
§ 8	§ 8
<b>Eintragung, Dauer und Beendigung der Sperre</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle sperrt Personen, die dies beantragen (Selbstsperre) oder von denen sie aufgrund der Wahrnehmung ihres Personals oder aufgrund von Meldungen Dritter wissen oder aufgrund sonstiger tatsächlicher Anhaltspunkte annehmen müssen, dass sie spielsuchtgefährdet oder überschuldet sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen oder Spieleinsätze riskieren, die in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen oder Vermögen stehen (Fremdsperre).	
(2) Vor Eintragung einer Fremdsperre ist der betroffenen Person Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Gelegenheit sowie eine etwaige Stellungnahme sind zu dokumentieren.	
(3) Die Betreiberin oder der Betreiber einer Spielhalle hat folgende Daten in die Sperrdatei einzutragen:	
1. Familiennamen, Vornamen, Geburtsnamen,	
2. Aliasnamen, verwendete Falschnamen,	
3. Geburtsdatum,	
4. Geburtsort,	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
5. Anschrift,	
6. Lichtbilder,	
7. Grund der Sperre,	
8. Dauer der Sperre und	
9. meldende Stelle.	
Ein Eintrag ist auch vorzunehmen, wenn nicht alle Daten erhoben werden können.	
(4) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle teilt der betroffenen Person unverzüglich in Textform mit, dass für sie eine Sperre eingetragen ist und informiert sie über das Verfahren zur Beendigung der Sperre nach Absatz 7.	
(5) Die Sperre beträgt mindestens ein Jahr, es sei denn, die eine Selbstsperre beantragende Person beantragt einen abweichenden Zeitraum, der jedoch drei Monate nicht unterschreiten darf. Wird eine kürzere Dauer als drei Monate angegeben, gilt dies als Angabe von drei Monaten.	
(6) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle hat die Sperranträge bei Selbstsperrungen und die bei Fremdsperrungen anfallenden Unterlagen aufzubewahren. Bei Geschäftsaufgabe, Fusionen, Insolvenz oder dem Vorliegen sonstiger Gründe, die die weitere Aufbewahrung dieser Unterlagen durch die Betreiberin oder den Betreiber der Spielhalle unmöglich machen, hat dieser sämtliche die Sperre betreffenden Unterlagen der für die Führung der Sperrdatei zuständigen Behörde auszuhändigen.	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
<p>(7) Eine Aufhebung der Sperre ist nur auf schriftlichen Antrag der gesperrten Person möglich. Dies gilt auch dann, wenn bei Beantragung der Sperre für die Laufzeit der Sperre eine bestimmte Frist genannt wurde. Der Antrag kann frühestens nach Ablauf der Mindestdauer nach Absatz 5 gestellt werden. Wird kein Antrag nach Satz 1 gestellt, endet die Sperre nicht. Die Aufhebung der Sperre wird nach ihrer Eintragung in der Sperrdatei, jedoch im Fall einer Selbstsperre nicht vor Ablauf einer Woche und im Fall einer Fremdsperre nicht vor Ablauf eines Monats nach Eingang des Antrags auf Aufhebung der Sperre bei der für die Führung der Sperrdatei zuständigen Behörde wirksam. Der Antragstellerin oder dem Antragsteller ist die Entsperrung mitzuteilen.</p>	
<p>(8) Die Betreiberin oder der Betreiber der Spielhalle ist verpflichtet, Anträge auf Aufhebung der Sperre an die für die Führung der Sperrdatei zuständige Behörde weiterzuleiten.</p>	
§ 9	§ 9
<b>Zuständige Behörden</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Zuständige Erlaubnisbehörden nach § 2 dieses Gesetzes sind die örtlichen Ordnungsbehörden.</p>	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
<p>(2) Das Land erstattet den nach Absatz 1 zuständigen Behörden die mit der Anwendung dieses Gesetzes verbundenen notwendigen Kosten einschließlich der Personal- und Sachkosten, soweit dieser finanzielle Aufwand nicht durch Gebühren nach § 2 Absatz 3 Satz 2 ausgeglichen werden kann. Der eine Gebührenerhebung übersteigende, nachgewiesene finanzielle Aufwand wird den zuständigen Behörden nach Ablauf eines Haushaltsjahres vom Land durch das für Wirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung auf Antrag erstattet.</p>	
§ 10	§ 10
<b>Ordnungswidrigkeiten</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen</p>	
<p>1. § 2 Absatz 1 Satz 1 eine Spielhalle ohne Erlaubnis errichtet und betreibt,</p>	
<p>2. § 2 Absatz 3 Satz 5 Nebenbestimmungen nicht beachtet,</p>	
<p>3. § 2 Absatz 5 Änderungen der für die Erlaubniserteilung maßgeblichen Tatsachen nicht unverzüglich anzeigt,</p>	
<p>4. § 4 Absatz 1 ein anderes Wort als „Spielhalle“ für das Unternehmen wählt,</p>	
<p>5. § 4 Absatz 2 den Einblick von außen ermöglicht,</p>	
<p>6. § 4 Absatz 3 in unmittelbarer Nähe der Spielhalle Werbung für den Spielbetrieb oder die in der Spielhalle angebotenen Spiele betreibt oder eine besonders auffällige Gestaltung der Spielhalle vornimmt,</p>	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
7. § 4 Absatz 4 die Sperrzeit oder die spielfreien Tage nicht beachtet,	
8. § 4 Absatz 5 unentgeltlich Speisen oder Getränke abgibt oder zulässt, dass unentgeltlich Speisen oder Getränke abgegeben werden,	
9. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 1 nicht sicherstellt, dass Minderjährigen keinen Zutritt zur Spielhalle haben,	
10. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 2 kein Sozialkonzept entwickelt oder umsetzt, in dem dargelegt ist, mit welchen Maßnahmen den sozialschädlichen Auswirkungen des Glücksspiels vorgebeugt werden soll und wie diese behoben werden,	
11. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 3 den Spielerinnen und Spielern vor der Spielteilnahme spielrelevante Informationen nicht zur Verfügung stellt oder über die Suchtrisiken der angebotenen Glücksspiele, das Verbot der Teilnahme Minderjähriger und Möglichkeiten der Beratung und Therapie nicht aufklärt,	
12. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 4 nicht sicherstellt, dass in der Spielhalle stets eine Aufsichtsperson anwesend ist, die die Einhaltung der Vorgaben dieses Gesetzes überwacht,	
13. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 5 nicht sicherstellt, dass das Personal der Spielhalle vom Spiel ausgeschlossen ist,	
14. § 4 Absatz 6 Satz 2 Nummer 6 nicht sicherstellt, dass die Vergütung des Personals nicht in Abhängigkeit vom Umsatz berechnet wird,	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
15. § 6 Absatz 1 Satz 3 und 4 Informationen über Höchstgewinne nicht mit der Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit von Gewinn und Verlust verbindet oder keinen leichten Zugang hierzu ermöglicht,	
16. § 6 Absatz 2 Spielscheine, Spielquittungen und vergleichbare Bescheinigungen nicht mit Hinweisen auf die von dem jeweiligen Glücksspiel ausgehenden Suchtgefahren und Hilfsmöglichkeiten versieht,	
17. § 7 Absatz 1 Satz 1 spielwillige Personen nicht identifiziert oder keinen Abgleich mit der Sperrdatei vornimmt,	
18. § 7 Absatz 1 Satz 2 nicht sicherstellt, dass gesperrte Spieler nicht an Glücksspielen in der Spielhalle teilnehmen,	
19. § 7 Absatz 2 Satz 1 auf gesperrte Spieler einwirkt,	
20. § 7 Absatz 2 Satz 2 Vorteile gewährt,	
21. § 8 Absatz 1 eine Sperre nicht vornimmt,	
22. § 8 Absatz 2 Satz 1 der betroffenen Person keine Gelegenheit zur Stellungnahme gibt,	
23. § 8 Absatz 2 Satz 2 keine Dokumentation vornimmt,	
24. § 8 Absatz 3 die genannten Daten nicht in die Sperrdatei einträgt,	
25. § 8 Absatz 4 die Eintragung einer Sperre nicht mitteilt oder nicht über das Verfahren zur Beendigung der Sperre informiert,	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
26. § 8 Absatz 6 Satz 1 Unterlagen nicht aufbewahrt,	
27. § 8 Absatz 6 Satz 2 Unterlagen nicht aushändigt,	
28. § 8 Absatz 8 Anträge nicht weiterleitet.	
(2) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Behörde.	
(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50 000 Euro geahndet werden.	
§ 11	§ 11
<b>Übergangs- und Härtefallregelung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Im Fall des § 3 erhält nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages vom 15. Dezember 2011 grundsätzlich diejenige Betreiberin oder derjenige Betreiber einer Spielhalle die Erlaubnis nach § 2 Absatz 1 unter Berücksichtigung der Ziele des § 1 des Glücksspielstaatsvertrages vom 15. Dezember 2011 in Verbindung mit § 2 Absatz 2 dieses Gesetzes, die oder der über die älteste Erlaubnis nach § 33i der Gewerbeordnung verfügt. Bei zeitgleich erteilten Erlaubnissen ist eine Auswahlentscheidung unter Abwägung der Gesamtumstände zu treffen.	

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
(2) Stellt in den Fällen des Absatzes 1 die Nichterteilung einer Erlaubnis nach § 2 Absatz 1 insbesondere unter Abwägung der konkreten persönlichen Umstände eine unbillige Härte dar, kann eine Befreiung von der Erfüllung einzelner Anforderungen des § 24 Absatz 2 des Glücksspielstaatsvertrages vom 15. Dezember 2011 sowie des § 3 dieses Gesetzes für einen angemessenen Zeitraum zugelassen werden.	
§ 12	§ 12
<b>Einschränkung von Grundrechten</b>	<b>Einschränkung von Grundrechten</b>
Durch dieses Gesetz wird das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes und Artikel 15 der Verfassung des Landes Brandenburg), das <u>Grundgesetz</u> der Berufsfreiheit (Artikel 49 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) eingeschränkt.	Durch dieses Gesetz wird das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes und Artikel 15 der Verfassung des Landes Brandenburg), das <u>Grundrecht</u> der Berufsfreiheit (Artikel 49 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) eingeschränkt.
<b>Artikel 3</b>	<b>Artikel 3</b>
<b>Änderung des Spielbankgesetzes</b>	<b>Änderung des Spielbankgesetzes</b>
Das Spielbankgesetz vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S.218, 223), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 1. April 2019 (GVBl. I Nr. 6 S. 1) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Spielbankgesetz vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 218, 223), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 1. April 2019 (GVBl. I Nr. 6 S. 1) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Dem § 1 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„Satz 1 gilt entsprechend für Online-Casinospiele im Sinne von § 3 Absatz 1a Satz 2 des Glücksspielstaatsvertrages 2021.“	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
2. In § 2 werden die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „des für Inneres zuständigen Ministeriums“ ersetzt.	2. un verändert
3. In § 3 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Spielbanken“ die Wörter „und Online-Casinospiele“ eingefügt.	3. un verändert
4. § 4 wird wie folgt geändert:	4. un verändert
a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „für Inneres zuständigen Ministeriums“ ersetzt.	
b) Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	
„2. die Einhaltung der Regelungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021 sichergestellt ist,“.	
c) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:	
„In der Erlaubnis sind Art und Umfang der Online-Casinospiele festzulegen.“	
d) Absatz 5 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:	
„4. die Kooperation bei der Veranstaltung von Online-Casinospielen mit anderen konzessionierten Spielbankgesellschaften anderer Länder,“.	
5. Dem § 5 wird folgender Absatz 3 angefügt:	5. un verändert

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
„(3) Für die Teilnahme am Online-Casinospiel gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend und die Bestimmungen des Glücksspielstaatsvertrages 2021.“	
6. § 6 wird wie folgt gefasst:	6. § 6 wird wie folgt gefasst:
„§ 6	„§ 6
<b>Spielerschutz</b>	<b>Spielerschutz</b>
Bei jedem Betreten der Spielbank sowie vor jedem Zugangsversuch zum Online-Casino Angebot im Internet hat ein Abgleich mit der Sperrdatei nach dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 zu erfolgen. Nur zuvor erfolgreich registrierte Spielerinnen und Spieler dürfen Zugang zum Online-Casino Angebot erhalten. Gesperrte Spielerinnen und Spieler dürfen die Spielbank nicht betreten; der Zugangsversuch zum Online-Casino Angebot im Internet ist abbrechen. Gesperrte Spielerinnen und Spieler sind jeweils in geeigneter Form auf die bestehende Sperre hinzuweisen.“	Bei jedem Betreten der Spielbank sowie vor jedem Zugangsversuch zum Online-Casino_Angebot im Internet hat ein Abgleich mit der Sperrdatei nach dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 zu erfolgen. Nur zuvor erfolgreich registrierte Spielerinnen und Spieler dürfen Zugang zum Online-Casino_Angebot erhalten. Gesperrte Spielerinnen und Spieler dürfen die Spielbank nicht betreten; der Zugangsversuch zum Online-Casino_Angebot im Internet ist abbrechen. Gesperrte Spielerinnen und Spieler sind jeweils in geeigneter Form auf die bestehende Sperre hinzuweisen.“
7. § 9 wird wie folgt geändert:	7. § 9 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 werden jeweils die Wörter „Ministerium des Innern“ <u>jeweils</u> durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.	a) In Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 werden jeweils die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.
b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:	b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:
„(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für das Online-Casino Angebot.“	„(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für das Online-Casino_Angebot.“
8. § 10 wird wie folgt geändert:	8. § 10 wird wie folgt geändert:

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:	b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für das Online-Casino Angebot.“	„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für das Online-Casino_Angewot.“
9. § 11 wird wie folgt geändert:	9. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) In Absatz 3 werden die Wörter „Ministerium der Finanzen“ durch die Wörter „für Finanzen zuständige Ministerium“ ersetzt.	
b) In Absatz 10 Satz 1 und in Absatz 11 Satz 1 werden jeweils die Wörter „Ministerium des Innern“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ und jeweils die Wörter „Ministerium der Finanzen“ durch die Wörter „für Finanzen zuständige Ministerium“ ersetzt.	
10. Dem § 12 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	10. Dem § 12 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„Satz 1 gilt entsprechend für das Online-Casino Angebot.“	„Satz 1 gilt entsprechend für das Online-Casino_Angewot.“
11. In § 13 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Ministerium der Finanzen“ durch die Wörter „für Finanzen zuständige Ministerium“ ersetzt.	11. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
12. § 14a wird aufgehoben.	12. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV</b>
<b>Artikel 4</b>	<b>Artikel 4</b>
<b>Inkrafttreten, Außerkrafttreten</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.	
(2) Gleichzeitig treten das Brandenburgische Glücksspielausführungsgesetz vom 28. Juni 2012 (GVBl. I Nr. 29) und das Brandenburgische Spielhallenge-setz vom 4. April 2013 (GVBl. I Nr. 10) außer Kraft.	
(3) Sollte der Glücksspielstaatsvertrag 2021 nach seinem § 35 Absatz 1 Satz 2 oder Satz 3 gegenstandslos werden, tritt dieses Gesetz nicht in Kraft. Dies ist durch das für Inneres zuständige Ministerium im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I bekannt zu geben.	

Vorsitzenden  
des Hauptausschusses  
Herrn Erik Stohn

Ausschuss für Soziales,  
Gesundheit, Integration und  
Verbraucherschutz

Der Vorsitzende

im Hause

Datum: 7. Mai 2021

## **Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/2981**

Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Landtag Brandenburg hat den Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg“, Drucksache 7/2981, in seiner 36. Sitzung am 24. Februar 2021 an den Hauptausschuss (federführend) und zur Mitberatung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, an den Ausschuss für Inneres und Kommunales sowie an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz überwiesen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz sprach in seiner 31. (öffentlichen) Sitzung am 10. März 2021 sowie in seiner 35. (öffentlichen) Sitzung am 14. April 2021 jeweils nur kurz über das weitere mögliche Verfahren im Ausschuss. In der 35. Sitzung wurde auf die Anhörung in Ihrem Ausschuss am 21. April 2021 hingewiesen. Mit Schreiben vom 26. April 2021 informierten Sie die mitberatenden Ausschüsse, dass Sie um Übermittlung einer Stellungnahme bis zum 11. Mai 2021 bitten. In der 39. (öffentlichen) Sitzung am 5. Mai 2021 beriet daraufhin der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz den oben genannten Beratungsgegenstand abschließend und fasste einen Beschluss für eine Stellungnahme.

Zu Beginn der Sitzung betonte Herr Staatssekretär Ranft (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz [MSGIV]) in Vertretung für Frau Ministerin Nonnemacher (MSGIV), dass das Ministerium dem oben genannten Gesetzentwurf (Drucksache 7/2981) zugestimmt habe, weil in diesem Vertrag Verbesserungen im Sinne des Spieler- und Jugendschutzes vorgenommen worden seien. Der Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung seien die Richtschnur der Bewertung.

Die SPD-Fraktion ging davon aus, dass das Ministerium dies gut im Blick habe und mit dem neuen Glücksspielstaatsvertrag auch Gefährdungen auf die Jugendlichen zukämen. Wenn online gespielt werden könne, habe das nicht nur positive Ergebnisse. Dem müsse man Rechnung tragen. Die Fraktion sehe dies beim MSGIV in guten Händen.



Die CDU-Fraktion sah einige Möglichkeiten, wo Änderungen vorgeschlagen werden könnten. In der Sache sollte der Gesundheitsausschuss den Gesetzentwurf (Drucksache 7/2981) zur Kenntnis nehmen. Etwaige Änderungen würden noch im federführenden Hauptausschuss beraten.

Die Fraktion DIE LINKE vermisste aus fachpolitischer Sicht einige nicht geregelte Sachverhalte in diesem Gesetzentwurf (Drucksache 7/2981). Es fehle eine sichere Registrierung und zwingende Anmeldung unter Nachweis der Volljährigkeit bei Online-Spielen. Das sei nicht gesetzlich verankert worden und lasse Tür und Tor offen für das, was eigentlich nicht gewollt sei. Außerdem vermisse die Fraktion ein Werbeverbot für Glücksspiele, zumal die Glücksspielsucht eine stark zunehmende Suchterkrankung sei. Ferner sei keine Regelung enthalten, dass Testspiele und Käufe für Minderjährige grundsätzlich verboten seien. Die Fraktion bemängelte darüber hinaus, dass in dem Gesetzentwurf (Drucksache 7/2981) keine Evaluation festgeschrieben worden sei. Es sei nicht geregelt, wann geprüft werde, ob das Gesetz seine Wirkung entfalte und wo nachgesteuert werden müsse. Es müsste gesetzlich geregelt sein, dass nach zwei Jahren eine entsprechende Evaluation durchgeführt werde. Der Gesetzgeber hätte dann die Möglichkeit, gesetzgeberisch nachzusteuern. Der Gesetzgeber müsse außerdem Regelungen finden, wie zum Beispiel vermieden werde, dass Online-Spiele ähnlich wie Spielhallen nicht in der Nähe von Spielplätzen möglich seien.

Der Ausschuss nahm am Ende der Beratung den folgenden mündlichen Beschlussvorschlag des Vorsitzenden einstimmig bei acht Ja-Stimmen der Koalitionsfraktionen, drei Ja-Stimmen der AfD-Fraktion und einer Ja-Stimme der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER sowie zwei Stimmenthaltungen der Fraktion DIE LINKE (12 : 0 : 2) an und beschloss somit seine Stellungnahme an den Hauptausschuss zu dem oben genannten Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 7/2981):

„Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz hat am 5. Mai 2021 seine abschließende Beratung zum Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/2981, durchgeführt und diesen zur Kenntnis genommen. Entsprechend des verabredeten Verfahrens obliegt es dem Hauptausschuss mit Blick auf die Auswertung der Anhörung, eine Beschlussempfehlung an den Landtag im eigenen Ermessen zu erarbeiten.“

Mit freundlichen Grüßen



Björn Lüttmann

Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Ausschuss für Inneres  
und Kommunales

Vorsitzenden  
des Hauptausschusses  
Abg. Erik Stohn

Der Vorsitzende

im Hause

Datum: 10. Mai 2021

**Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg,  
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/2981 vom 11.02.2021**  
Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales

Sehr geehrter Herr Kollege,

der Landtag hat den o. g. Gesetzentwurf in seiner 36. Sitzung am 24. Februar 2021 federführend an den Hauptausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales hat Gesetzentwurf in seiner 24. Sitzung am 5. Mai 2021 abschließend beraten.

Im Ergebnis seiner Beratungen hat der Ausschuss für Inneres und Kommunales ohne weitere Debatte gegen die Stimme der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Büttner

Vorsitzenden  
des Hauptausschusses  
Abg. Erik Stohn

Ausschuss für Bildung, Jugend und  
Sport

Die Vorsitzende

im Hause

Datum: 11. Mai 2021

**Gesetzentwurf zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg,  
Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/2981**

Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

Sehr geehrter Herr Kollege,

der Landtag hat den o. g. Gesetzentwurf in seiner 36. Sitzung am 24. Februar 2021 federführend an den Hauptausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, an den Ausschuss für Inneres und Kommunales sowie an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport überwiesen.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat den Gesetzentwurf in seiner 18. Sitzung am 7. Mai 2021 abschließend beraten.

Im Ergebnis seiner Beratungen hat sich der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen auf folgende Stellungnahme verständigt:

„Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat am 7. Mai 2021 seine abschließende Beratung zum Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Brandenburg, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/2981, durchgeführt und diesen zur Kenntnis genommen. Entsprechend des verabredeten Verfahrens obliegt es dem Hauptausschuss mit Blick auf die Auswertung der Anhörung, eine Beschlussempfehlung an den Landtag im eigenen Ermessen zu erarbeiten.“

Die Fraktion DIE LINKE bat darum, folgende fünf Punkte in die Stellungnahme aufzunehmen:

- „1. Spielhallen dürfen sich nicht in der Nähe von Spielplätzen, Kitas und Schulen befinden.
2. Minderjährige dürfen nicht in Werbung für Glücksspiele involviert werden (als Empfänger oder Lockvögel), dies gilt besonders für Werbung über Telemedien und Social-Media-Plattformen (Werbeverbot für unter 18-Jährige).



3. Registrierung von Spielerinnen und Spielern und zwingende Anmeldung bei jedem Vorgang, damit unter 18-Jährige oder Spielsüchtige gefunden und ausgeschlossen werden können.
4. Projekte der Prävention von Spielsucht müssen gefördert werden.
5. Ständige Evaluation des Glücksspielstaatsvertrages und seiner Regelungen.“

Dies wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und der AfD-Fraktion abgelehnt.

Mit freundlichen Grüßen



Kristy Augustin